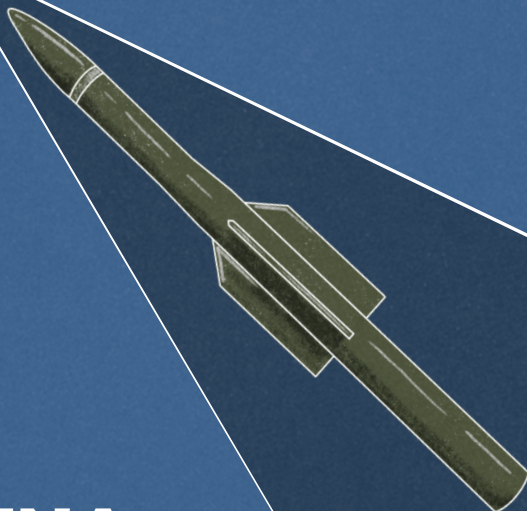


ES IST AN DER ZEIT

KRIEG VERHINDERN
FRIEDEN ERKÄMPFEN



 **YUNA**
DEMOKRATISCHE
JUGEND

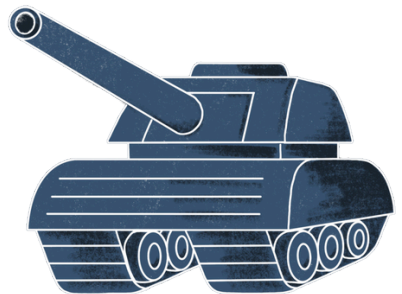
eine Broschüre von YUNA - Demokratische Jugend
1. Auflage, August 2025

Kontakt

Website: coming soon

E-Mail: kontakt@yunademokratischejugend.de

Instagram: @demokratischejugend





Liebe Leserinnen und Leser,

ihr haltet ein sehr besonderes Heft in den Händen, es ist die erste Broschüre, die wir als YUNA – Demokratische Jugend herausgeben. Diese Broschüre ist eine Antwort auf die aktuelle politische Lage. In Zeiten der Aufrüstung und einer Stimmung der Kriegseuphorie, die immer mehr angeheizt wird, müssen wir einen klaren Kopf bewahren. Stetiges Informieren und Bilden ist essentiell im Kampf gegen ihre Lügen. Nur so können wir uns sinnvoll gegen ihre Kriege organisieren und in Aktion treten.

Im Jahr 2025, wo sich die Kriege und Krisen an allen Orten der Welt ausweiten und Deutschland Stück für Stück den Zwangsdienst an der Waffe wieder einführt, weil es nicht genug freiwillige Rekruten gibt, ist es unsere Verantwortung, als Jugend aufzustehen und uns den Kriegsvorbereitungen entgegenzustellen.

In einer Zeit, in der Regierung und Unternehmen immer offener eine Eskalation des Krieges in Europa in Kauf nehmen, in der unsere Autobahnen und Schienennetze für den Transport von schwerem Kriegsgerät vorbereitet werden, in der berechnet wird, wie viele Verwundete die Krankenhäuser im Kriegsfall aufnehmen und behandeln können, werden wir nicht länger ihre Lügen schlucken! Lügen, die uns all das als unausweichliche Verteidigung schmackhaft machen sollen. Denn dieser Krieg, den sie mit all ihren Kriegsvorbereitungen und ihrer Aufrüstung selbst heraufbeschwören, ist ihr bewusstes Ziel.

Als sozialistische Jugend wissen wir, dass Frieden niemals mit der Logik des Krieges erkämpft wird und deswegen sagen wir: **Jugend verweigert!**
Wir werden nicht für eine Regierung der Konzerne in den Krieg ziehen, nicht für ihre Profite sterben und nicht für ihre Profite morden!

Es ist an der Zeit, diesen Krieg zu verhindern!



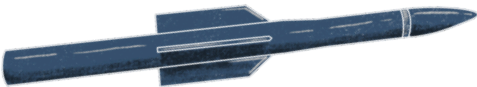
Inhalt

Warum Kriege geführt werden	1
Kein Frieden ohne die Befreiung der Frau	12
Angriff oder Verteidigung	20
Militarisierung, checkst du? (Quiz)	29
Erfahrungen einer ostdeutschen Anti-Kriegsaktivistin	30
Widerstand gegen Krieg von 1900 bis heute	43
45 Jahre Widerstand am Bremer Weserstadion	51
Frieden ist die einzige Option	54
Kreuzworträtsel	61
Über YUNA - Demokratische Jugend	63

Warum Kriege geführt werden

Lange war Krieg für viele von uns etwas relativ weit Entferntes. Die von uns, die selber nie in einem Kriegsgebiet lebten oder Familie und Freund:innen dort haben, kannten Krieg nur von Geschichten der Großeltern, aus Schulbüchern oder der Tagesschau. Mit der Eskalation des Krieges in der Ukraine 2022, zerbrach für viele die Illusion, dass wir uns am „Ende der Geschichte“ befinden, an dem wir von Kriegen nicht mehr betroffen sein würden. Krieg wurde zu etwas Spürbarem. 2024 gab die Mehrheit der Jugendlichen an, dass ein Krieg in Europa ihre größte Sorge sei.

Wenn es nach dem einen oder anderen Politiker geht, soll der Krieg angeblich schon fast vor unserer Haustür stehen. Manche von ihnen sagen, Deutschland müsse bereit für den Krieg, also „kriegstüchtig“ werden.



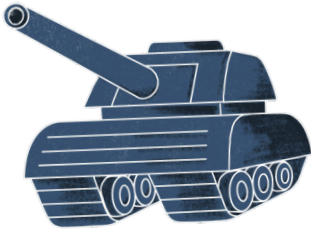
Dabei haben wir doch eigentlich von klein auf gelernt, dass Krieg etwas Schlechtes und Gewalt keine Lösung sei. Dass wir friedlich sein und immer nach Kompromissen suchen sollen. In zahlreichen Freundebüchern aus Grundschulzeiten finden wir unter „Das wünsche ich mir“ Weltfrieden geschrieben.

Doch anstelle sich zu bemühen, diesen Krieg zu verhindern und eine politische Lösung zu finden, erleben wir die massive Aufrüstung Deutschlands, die mehr und mehr Züge eines Wettrüstens annimmt. Diplomatie scheint keine Option zu sein, es gilt das Recht des Stärkeren.

Das Märchen des schon immer existierenden Kriegs

Kriege soll es, solange es den Menschen gibt, schon immer gegeben haben – das haben wir alle schon mal gehört. Seit jeher sollen sie unser Zusammenleben geprägt haben. In der Schule lernen wir von den Römern und ihren Feldzügen, von großen Schlachten und riesigen Reichen, von den Weltkriegen und dem Kalten Krieg. Krieg liege eben in der Natur des Menschen, wird behauptet.

Doch Krieg ist nicht etwas Natürliches, wie die Sonne, das Wasser oder die Liebe zu anderen Menschen. Denn Kriege hat es eben nicht schon immer gegeben, wie zahlreiche archäologische Funde belegen. Die Teile der Menschheitsgeschichte, in denen Kriege geführt wurden, ist im Vergleich zu den mehreren Hunderttausend Jahren unserer Geschichte, sehr gering.



Denn Kriege hat es eben nicht schon immer gegeben.

Es wird davon ausgegangen, dass Konflikte erst ab einem bestimmten Zeitpunkt begannen, eine Form zu entwickeln, die wir heute als Krieg bezeichnen. Dabei bezeichnen wir Krieg als ein Mittel zur Anreicherung sowie Sicherung von Macht und Kapital, was mit brutaler Gewalt durchgesetzt wird. Mit Macht meinen wir die gesellschaftliche und politische Stellung einer Person, Gruppe oder Institution und ihren Zugang zu Ressourcen und Informationen.

Diese Macht kann nur durch Kapital ihre Wirkung entfalten. Dieses Kapital können Gelder und Finanzanlagen wie Aktien sein, aber auch Ressourcen, die zur gewinnbringenden Produktion eingesetzt werden können, also zum Beispiel Rohstoffe wie Erdöl und sogar die Leistung von Arbeiter:innen.

Denn nur wer genug von diesem Kapital hat, kann seine Interessen sicher umsetzen. Macht und Kapital in Kombination geben dem Machthaber die Fähigkeit und Möglichkeit, auf andere Personen und Gruppen bis hin zu ganzen Bevölkerungen oder sogar Staaten so Einfluss zu nehmen, dass diese entsprechend der Interessen und Ziele des Machthabers handeln.



Während es bei Konflikten der frühen Menschheitsgeschichte um Fragen der Versorgung von Grundbedürfnissen (also zum Beispiel genug zu Essen zu haben) ging, werden Kriege heute also geführt, um auszubeuten. Denn so kann Kapital angehäuft und die eigene Herrschaft gestärkt werden. Das stellt einen grundlegenden Unterschied dar.

Die Veränderung von Konflikten hin zu völlig unmenschlichen Kriegen steht im Zusammenhang mit der Entstehung des Patriarchats, also der systematischen Vorherrschaft des Mannes, insbesondere über die Frau, die als erste Form der strukturellen Unterdrückung und damit als Ursprung jeglicher heute bestehenden Unterdrückungsformen verstanden werden kann (mehr dazu im nächsten Kapitel).

Mit der Entwicklung von Machtstrukturen und der Entstehung von Staaten, sowie der späteren Entstehung des Kapitalismus – dem Herrschaftssystem, das auf vermeintlich grenzenloser Profitvergrößerung, Marktbeherrschung und Nationalstaatsbildung beruht – etablierte sich Krieg mehr und mehr, bis dieser zu einem der wichtigsten Mittel zur Durchsetzung staatlicher Interessen wurde.

Krieg und Imperialismus

Wenn es um Krieg geht, kommt man auch am Begriff des Imperialismus nicht vorbei. Imperialismus ist Teil des weltweit herrschenden Systems des Kapitalismus. Er bezeichnet den ständigen Versuch von Großmächten, ihren politischen und wirtschaftlichen Einflussbereich immer weiter zu vergrößern, um so vermeintlich grenzenlos Macht und Kapital anhäufen zu können.

Im Imperialismus wird nicht länger nur nach Macht gestrebt, sondern nach einer Vormachtstellung; nicht mehr nur mächtig sein, sondern mächtiger, am besten am mächtigsten. Kurz gesagt bedeutet das, dass immer weniger Nationalstaaten und immer weniger internationale Großkonzerne immer mehr Teile der globalen Wirtschaft alleine beherrschen.

*Durch Kriege versuchen Staaten ihrer eigenen Wirtschaft
den Zugang zu neuen Ressourcen, Handelswegen,
Arbeitskräften und Märkten zu erschließen.*

Im Kapitalismus wird ständig nach neuen Möglichkeiten gesucht, in die man investieren kann, um dann noch mehr Geld machen zu können. Das hat schon lange die Grenzen von Nationalstaaten und deren innere Märkte überschritten. Durch Kriege versuchen Staaten ihrer eigenen Wirtschaft den Zugang zu neuen Ressourcen, Handelswegen, Arbeitskräften und Märkten zu erschließen. Deswegen werden viele Kriege bewusst selbst heraufbeschworen, zum Beispiel indem mit wettbewerbsartigem Aufrüsten andere Mächte provoziert und bedroht werden.

Wie Großmächte ihren Einflussbereich vergrößern, um so Zugang zu neuen Möglichkeiten der Macht- und Kapitalanhäufung zu erreichen, ist zum Beispiel am Sykes-Picot-Abkommen von 1916 sichtbar. Dies war ein geheimes Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien, mit dem sie die ehemaligen Regionen des Osmanischen Reichs im Mittleren Osten unter sich aufteilten. Frankreich erhielt die Kontrolle über die Süd-Türkei, den Nord-Irak, Syrien und den Libanon, während der Süd-Irak, das heutige

Jordanien, Palästina und das heutige Israel unter den Einfluss Großbritanniens gestellt wurden. In Folge des Abkommens wurden neue Staaten gegründet und Grenzen gezogen. Das gemeinschaftliche Zusammenleben



vieler ethnischer und religiöser Gruppen wurde gewaltsam auseinander gerissen. Viele der zahlreichen Konflikte und Kriege in der Region stehen bis heute im Zusammenhang mit dieser Aufteilung durch Frankreich und Großbritannien.

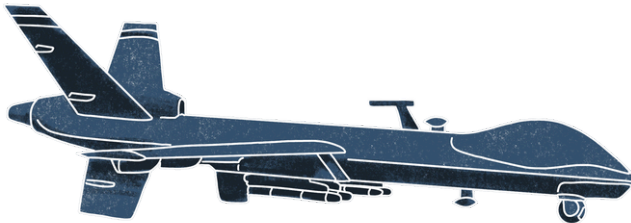
Dimensionen des Kriegs

Mit der Ausdehnung und Weiterentwicklung des globalen imperialistischen Systems hat sich auch die Art und Weise Kriege zu führen, weiterentwickelt. Heute kennen wir nicht mehr nur das klassische Bild von Schützengräben und Schlachtfeldern mit klaren Fronten. Heute gibt es eine ganze Bandbreite an verschiedenen Kriegsformen, zum Beispiel Stellvertreterkriege also Kriege, in dem mindestens eine der Kriegsparteien direkt im Interesse einer Großmacht handelt, Cyberkriege, die sich vor allem im digitalen Bereich abspielen, ferngesteuerte Drohnenkriege, Handelskriege, bei denen versucht wird mit wirtschaftlichen Maßnahmen den Gegner zu schwächen oder auch hybride Kriege die verschiedene Formen der Kriegsführung, direkte und verdeckte, miteinander verbinden.

Auch der Einsatz von Spezialeinheiten oder der gezielte Einsatz von Medien und das Verbreiten von Lügen und Halbwahrheiten prägen das heutige Kriegsgeschehen. Zudem findet kaum ein kriegerischer Konflikt nur zwischen zwei Parteien statt, auch wenn es manchmal so scheinen mag. Da so gut wie jeder Krieg innerhalb des Interessensbereichs von mindestens einer Großmacht stattfindet, müssen wir sie immer in ihren globalen Zusammenhängen betrachten.

Betrachten wir das näher an einem Beispiel: In Gaza führt Israel einen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung. Dabei wird die palästinensische Bevölkerung auf so vielen Ebenen und in so einem schrecklichen Ausmaß gezielt angegriffen, dass die Existenz des palästinensischen Volkes in Gaza versucht wird, auszulöschen. Wir müssen daher von einem Völkermord sprechen.

Es werden nicht nur Soldaten, Bomben oder automatisierte Drohnen, sondern auch Hunger und die Zerstörung medizinischer Einrichtungen als Kriegsmittel genutzt. Parallel greift Israel auch in anderen Länder in der angrenzenden Region an, wie im Libanon, im Iran oder in Syrien. Israel ist hier die offensichtlichsste Kriegspartei, doch hinter Israel stehen weitere Staaten mit ihren Interessen, wie Deutschland oder die USA.



Auch sie haben großes Interesse an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten. So geht es nicht einfach um die Eroberung von Gebieten oder die Aufteilung von Ländern, sondern insbesondere darum, Israel als einen westlichen Verbündeten in der Region zu stärken. Denn so kann der Einflussbereich der westlichen Großmächte in der Region ausgeweitet werden und die Kontrolle über Handelsrouten und Ressourcen im Mittleren Osten erlangt und ausgebaut werden.

Schon seit Jahrzehnten wird, angetrieben vor allem durch die USA, versucht, die Region zu destabilisieren, um den Einfluss des Westens und das kapitalistische System brutal durchzusetzen. Dabei spielt auch die Sicherung des Zugangs zu Erdöl und Erdgas eine Rolle, die als zentrale Ressourcen der Industrie wichtig sind, um die eigene Stellung auf dem globalen Markt halten zu können. Die Beteiligung US-amerikanischer und britischer Geheimdienste beim Sturz des parlamentarisch gewählten



Beispiele von US-Operationen im Mittleren Osten

1951 bis 1953 war Mossadegh der parlamentarisch gewählte Premierminister des Irans. Er war maßgeblich an der Verstaatlichung der Erdölindustrie beteiligt, wodurch diese nicht mehr in den Händen eines britischen Konzerns lag, der zuvor den Großteil der Profite eingenommen hatte. Großbritannien versuchte mit vielen Mitteln diese Verstaatlichung zu sabotieren und blockierte zum Beispiel den iranischen Erdöl-Export. 1953 wurde Mossadegh und die restliche Regierung unter Beteiligung des britischen sowie des US-amerikanischen Geheimdienstes mit einem Militärputsch gestürzt.

2003 endete Saddams Husseins autoritäre Präsidentschaft im Irak. Im Ersten Golfkrieg (1980-1988) unterstützten die USA (und auch andere westliche Staaten) Saddam Hussein noch mit Waffenlieferungen und militärischen Informationen gegen den gemeinsamen Feind Iran. Vor den zu der Zeit vom Irak durchgeführten Kriegsverbrechen, wie dem Einsatz von Giftgas und dem Genozid an Kurdinnen und Kurden wurden bewusst die Augen verschlossen. Denn die USA erhofften sich von dieser Beziehung zum Irak auch, mit Saddam Hussein einen Verbündeten in der geopolitisch wertvollen Region des Mittleren Ostens zu bekommen.

Premierministers Mohammad Mossadegh im Iran 1953, die Unterstützung von Diktatoren wie Saddam Hussein im Irak oder seit neuestem Abu Mohammad al-Jolani in Syrien und die US-amerikanischen Interventionen in Afghanistan sind nur ein paar Beispiele einer langen Liste von Kriegen um die Vorherrschaft im Mittleren Osten.

2004 gab die USA dem Ganzen sogar einen Namen: „Greater Middle East Project“. Es war nie das Ziel, die jeweilige Bevölkerung von einem diktatorischen oder islamistischen Regime zu befreien. Auch wenn es westliche Staatsoberhäupter gerne behaupten, ging es nie darum, die Gesellschaften zu einem Leben in Demokratie, Freiheit und Frieden zu verhelfen. Es war immer das Ziel des Westens, den eigenen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der Region durchzusetzen. Die unter dem Label der „westlichen Werte“ begonnenen Kriege, führten zu Vertreibung, Massakern, Völkermord und Tod und haben mit Demokratie, Freiheit und Frieden so gar nichts zu tun.

Kriege spielen sich nicht nur zwischen Armeen ab, sondern richten sich auch immer gegen die Gesellschaft und die Natur. So werden nicht nur der Verlust von tausenden Soldaten, zerstörte



Panzer und unglaublich hohe Geldsummen in Kauf genommen. Jeder Krieg trägt die Schuld für unzählige ermordete Zivilist:innen, die Zerstörung der Natur und Umwelt sowie ziviler Infrastruktur, eine ganz bewusste Kalkulation. Als wäre das nicht genug, ist es die Bevölkerung eines Landes, die die Kriege ihrer Herrscher finanzieren muss.

Genau das erleben wir gerade auch in Deutschland. Immer mehr Geld fließt ins Militär, während der sowieso schon unterfinanzierte soziale Bereich auf Sparkurs gesetzt wird. Weniger Frauenhäuser, weniger Jugendclubs, weniger kostenlose Kulturangebote, weniger gute Lehrerinnen und Lehrer, weniger Geld für alles. Unser Leben wird kaputt gespart, nur um den Krieg zu finanzieren, während alles immer teurer wird.

Gleichzeitig werden mehr und mehr Menschen abgeschoben, Grenzkontrollen werden ausgeweitet und auch die Gewalt gegen Frauen steigt mit zunehmender Spannung in der Gesellschaft. Die vielen Krisen der letzten Jahre – Coronapandemie, Wirtschaftskrise oder

Im Zweiten Golfkrieg (1990–1991), als der Irak Kuwait angriff, wurde der Irak vom Verbündeten zum Feind. Mit der von den USA angeführten Operation „Desert Storm“ wurde der Irak angegriffen, um Kuwait zu befreien. Dabei stand hinter der Befreiung Kuwaits insbesondere das Interesse, die erdölsreiche Region wieder zu kontrollieren und den Zugang der globalen Wirtschaft zu diesem Rohstoff wieder zu sichern.

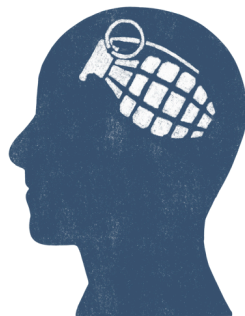
2001 bis 2021 führte die USA einen Krieg und eine Besatzung in Afghanistan durch. Rechtfertigung für diesen Krieg war der nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 9. September 2001 erklärte „war on terror“, der sich in Afghanistan gegen die islamistischen Taliban sowie die dschihadistische al-Qaida richtete. Die Bekämpfung des Terrors war aber vor allem die Legitimierung für diesen Krieg. So ging es den USA und ihren NATO-Verbündeten nicht darum, die Menschen in Afghanistan vor der Taliban-Regierung zu verteidigen, sondern diese aktiv zu destabilisieren, um dann den eigenen Einfluss zu sichern. Dieser Krieg wurde nämlich maßgeblich auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen und führte zu Armut, Hunger und Millionen von zivilen Opfern. 2021 zogen die USA ihre Truppen wieder ab. Heute sind die Taliban in Afghanistan wieder an der Macht.

Klimakatastrophe – haben zu einer wachsenden Unsicherheit und Unruhe innerhalb der Gesellschaft geführt und so diese Spannungen verstärkt. Als Jugend spüren wir diese Verunsicherung besonders.

Viele von uns sind perspektivlos und wollen der Welt entfliehen. Also flüchten wir auf Insta, Tiktok oder Netflix. Viele von uns sind depressiv und betäuben sich mit Partys und Drogen. Diese gemeinsame Krisenerfahrung unserer Gesellschaft wird inzwischen auch von der wachsenden Sorge über einen möglichen Krieg begleitet.

Krieg um die Köpfe

Damit ein Krisen- und Kriegszustand nicht zu Widerstand in der Bevölkerung führt, müssen die Reichen und Mächtigen all die Kriege, die sie führen und die enormen Kosten dafür, vor ihrer eigenen Bevölkerung legitimieren. Denn genau so, wie sie gefügte Soldaten und schwere Geschütze brauchen, brauchen sie auch eine gefügte Bevölkerung. Eine, die sich nicht gegen ihre Kriegspläne wehrt, weiterhin fleißig in die Betriebe geht, um die nationale Wirtschaft am Laufen zu halten, um in den Fabriken der Rüstungsindustrie Munitionsnachschub zu produzieren und sich in den Schulen des Landes zu neuen Soldat:innen ausbilden lässt.



Aus dieser Notwendigkeit heraus hat sich eine Form des Krieges entwickelt, die psychologische oder auch kognitive Kriegsführung genannt wird. Sie bildet die Grundlage für andere Formen der Kriegsführung. Denn ihr Ziel ist es, die gesellschaftsfeindliche Politik einer Regierung und auch ihre Kriege entweder so in Lügen zu verpacken, dass sie als etwas Gutes und Gerechtfertigtes erscheint oder die Gesellschaft so abzulenken und zu betäuben, dass sie nicht mehr in der Lage ist, auf die politischen Geschehnisse zu reagieren und selbstbestimmt zu handeln.

Eines der wichtigsten Werkzeuge der psychologischen Kriegsführung ist Propaganda, also der gezielte Einsatz von Informationen, falsch oder richtig, um den öffentlichen Diskurs zu lenken und so unser Denken und Handeln zu

beeinflussen. Wie Staaten Propaganda nutzen, um ihre Kriege nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern auch vor der Weltöffentlichkeit zu legitimieren, lässt sich gut an den USA als eine der Haupt-Kriegsparteien im Irakkrieg (2003) veranschaulichen.

So gab die US-Regierung vor, dass angeblich eine Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen des Iraks bestünde. Das wurde von den großen US-Medien gezielt verbreitet und ständig wiederholt. Diese inszenierte Bedrohungslage führte schließlich dazu, dass ein Großteil der Bevölkerung einem „vorbeugenden“ Angriffskrieg auf den Irak aus Wut und Angst vor den vermeintlichen Massenvernichtungswaffen zustimmte.

Zusätzlich wurde die mediale Berichterstattung über das Kriegsgeschehen bis ins kleinste Detail kontrolliert, verändert oder zensiert, um ihre Lüge aufrechtzuerhalten, die diesen Krieg legitimierte. Erst durch den Einsatz einzelner Kriegsjournalisten, die unter Lebensgefahr Fotos und Informationen aus dem Land brachten, kamen die schrecklichen Bilder der verbrecherischen US-Kriegsführung ans Licht der Öffentlichkeit.



Auch hier in Europa und Deutschland ist Propaganda ein wichtiges Werkzeug in der Kriegsvorbereitung. Dabei werden besonders zwei Methoden, die selektive Berichterstattung und die Überforderung angewendet. Die selektive Berichterstattung meint Zeitungen und Fernsehen, die häufiger die eine Seite eines Konfliktes zeigen oder wie im Ukrainekrieg, niemals detailliert über die zivilen Opfer auf russischer Seite berichten. Durch die Berichterstattung, die einseitig ist, kann kein Mitgefühl für die Menschen auf der russischen Seite entwickelt werden und Angriffe auf russisches Territorium wirken legitimer, als wenn man noch von unzähligen Opfern hören würde. Ebenso wird die Ablehnung zur Weiterführung des Krieges innerhalb der ukrainischen Bevölkerung kaum

erwähnt, denn das könnte die Frage aufwerfen, für wen dieser Krieg eigentlich geführt wird und wofür die hunderttausenden jungen Leute gestorben sind. Damit wird auch eine Debatte in Deutschland verhindert, denn die Grundlage der Ukraine-„Solidarität“ ist der Glaube an einen notwendigen Krieg, damit es den Menschen weiterhin gut geht.

Die zweite Methode ist die Überforderung mit Nachrichten. Darunter fallen unter anderem ständige Meldungen über russische Eroberungen und das von Politikern und Medien gefütterte Bild eines baldigen russischen Angriffs auf weitere Länder. In Momenten einer Überforderung mit Nachrichten wie im Februar 2022, als Russland die Ukraine breit angriff, bot sich der Politik eine Chance. Während alle noch gelähmt von den Neuigkeiten waren und versuchten, sich zu orientieren, hatte die Regierung unter Olaf Scholz schnell mal 100 Mrd. an das Militär versprochen.

Diese Formen der Propaganda als Teile einer kognitiven Kriegsführung sind Anfänge dessen, was in Deutschland aufgebaut wird. Denn in Deutschland wird ein Krieg finanziell, industriell, militärisch und eben auch medial vorbereitet.

Deswegen ist jetzt die entscheidende Zeit, auf die Frage von Krieg und Frieden eine wirklich demokratische und menschliche Antwort zu finden. Dazu müssen wir einen klaren Kopf behalten und lernen, uns gegen die Kriegspropaganda auch unserer Regierung zu verteidigen. Das kann damit anfangen, überhaupt zu wissen, was die Interessen des deutschen Nationalstaats sowie der deutschen Großkonzerne sind, und wie Staat und Lobby ihre Kriegspolitik zu legitimieren versuchen. Dazu soll auch der Rest dieser Broschüre seinen Teil beitragen.



mehr zu Imperialismus

„Die Globale Perspektive - Imperialismus und Widerstand“ von Torkil Lauesen

mehr zur psychologischen Kriegsführung

„Kognitive Kriegsführung - Neue Manipulationstechniken als neue Waffengattung der NATO“ von Jonas Tögel

mehr zur Unmenschlichkeit von Kriegen

„Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque (Roman)

Kein Frieden ohne die Befreiung der Frau

Warum Krieg patriarchal ist

In Deutschland wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht derzeit konkret vorbereitet. Dabei wird auch ernsthaft darüber diskutiert, ob auch junge Frauen verpflichtet werden sollen. Offiziell soll es um „Gleichberechtigung“ und die „gemeinsame Verantwortung für die Verteidigung“ gehen. Die Bundeswehr braucht dringend viele junge Soldat:innen, um das Ziel zur sogenannten „Kriegstüchtigkeit“ erreichen zu können und setzt dabei schon lange auf einen Imagewechsel, um jung und attraktiv zu wirken – also wurden auch junge Frauen verstärkt zur Zielgruppe.

Doch die Verpflichtung zum Kriegsdienst kann niemals Gleichberechtigung, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bedeuten. Was ist die Gleichberechtigung einer Einzelnen schon Wert, wenn diese Gleichberechtigung nur dadurch bestehen bleibt und sogar davon profitiert, dass sich die Gewalt gegen Frauen



in Kriegsgebieten an anderen Orten der Welt verschärft? Denn **Krieg wird systematisch auf den Körpern von Frauen ausgetragen** und ist eine Folge des Patriarchats, also dem System der Vorherrschaft des Mannes über die Frau.

Die Besitzergreifung der Frau als der Wegbereiter für Kriege

Ausbeutung existiert schon seit Jahrhunderten und Jahrtausenden in der menschlichen Gesellschaft. Sie ist aber dennoch nicht natürlich und auch nicht in unserem Wesen verankert. Die Anhäufung von Ressourcen und Land in einem Maß, das die zum Leben nötigen Mengen überschreitet, hat sich

über einen sehr langen Zeitraum entwickelt. Viele historische Forschungen und Ausgrabungen legen nahe, dass das erste Anhäufen von Privateigentum nicht etwa das von Vieh oder Nahrung war, sondern in der Unterwerfung von Frauen bestand. Das Anhäufen von mehr als man für Grundbedürfnisse benötigt, also zum Beispiel von Nahrung oder Wolle, kann kaum gewaltlos stattgefunden haben, da dies oft hieß, von anderen zu nehmen. Das Rauben von Frauen konnte dementsprechend auch nicht ohne kriegerische Mittel stattfinden. Werkzeuge wie Speer und Bogen, deren Zweck eigentlich die Jagd war, wurden zu Kriegswaffen umfunktioniert. Es ist der Beginn einer ersten Kriegskultur.

Über viele, viele Generationen hinweg entstand eine Denkweise, die darauf basiert, sich mit Gewalt und Waffen mehr anzueignen, als man tatsächlich zum Leben brauchte. Die grundlegenden Logiken dieser Denkweise sind Inbesitznahme und Ausbeutung von Natur und Menschen sowie die Logik von Sieger/Besiegte und Herrscher/Beherrschte. Diese Denkweise verstehen wir grundlegend als patriarchal. Aus ihr geht eine Mentalität der Ausbeutung und Herrschaft hervor, die Kriege erst möglich gemacht hat.

Und heute?

Die Vergangenheit prägt die Entwicklungen der Gegenwart. So werden die Machtverhältnisse, die von dieser patriarchalen Mentalität geschaffen wurden, bis heute aufrechterhalten und benötigt, um Besitzverhältnisse zu wahren. Kriege heute werden immer noch geführt, um Land oder noch mehr Ressourcen zu erobern. So sollen wirtschaftliche Interessen durchgesetzt werden. Die Integration von Frauen in Armeen, ob freiwillig oder verpflichtend, kann also nicht zur Befreiung der Frau beitragen. Denn sie ändert nichts an den patriarchalen Grundlagen dieser Kriege, sondern bindet Frauen in Strukturen ein, die historisch auf ihrer Ausbeutung, Gewalt und Herrschaft beruhen.

Gewalt gegen Frauen wird heute in verschiedenen Formen und systematisch als strategische Kriegswaffe oder als Machtdemonstration gegen Menschengruppen, Stämme und ganze Völker eingesetzt. Die meisten Täter sind männliche Soldaten, Paramilitärs, Polizisten oder auch Zivilisten.

Um eine Gesellschaft zu brechen oder sie zu unterwerfen, werden oft zuerst Frauen angegriffen. Durch die mit den klassischen Geschlechterrollen verbundenen Erwartungen und der entsprechenden Sozialisierung von Frauen, sind es nämlich vor allem sie, die unbezahlte Haus-, Erziehungs-, und Fürsorgearbeit, kurz Reproduktionsarbeit, leisten und so eine wichtige Rolle in der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens spielen. Die Besitznahme oder Zerstörung dieser zentralen Rolle schwächt das soziale Gefüge. Zudem gilt die „Besitznahme“ der Frau eines anderen Mannes in patriarchalen Ehrevorstellungen als Verletzung der Ehre, was sexualisierte Gewalt zu einem gezielten Mittel macht, um Männer, Familien und ganze Gemeinschaften zu demütigen.

*Um eine Gesellschaft zu brechen
oder sie zu unterwerfen, werden oft
zuerst Frauen angegriffen.*

Außerdem werden Frauen und Frauenbilder gezielt missbraucht, um Soldaten bei Laune zu halten und ihre Männlichkeit und ihr Machtgefühl für den Einsatz im Krieg zu stärken. Dazu werden Pornografie und Prostitution genutzt, was die Unterdrückung, Erniedrigung und Ausbeutung von Frauen auch zu einem indirekten Kriegsmittel macht.

Auch die Gewalt, der Frauen außerhalb akuter Kriegssituationen tagtäglich und überall ausgesetzt sind, ordnen wir im Kontext der patriarchalen Kriegslogik ein. Weltweit wird alle elf Minuten ein Mädchen oder eine Frau aufgrund ihres Geschlechts und der damit zusammenhängenden sozialen Unterordnung ermordet. In Deutschland begeht etwa jeden Tag ein Mann einen solchen Femizid an einer Frau. Die Mentalität, die hinter Femiziden steht, basiert, genau wie die Denkweise hinter Krieg, auf Ausbeutung und Herrschaft und darauf, besitzen zu wollen. Es ist eine Mentalität, die sich durch ein am Krieg orientiertes, zerstörerisches Männlichkeitsbild ausgeprägt hat, das körperliche Überlegenheit, Gewalt und Härte fördert.

Wie Gewalt an Frauen als Kriegswaffe eingesetzt wird, sehen wir zum Beispiel an der Zwangsprostitution zahlreicher Mädchen und Frauen im Zweiten Weltkrieg in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten.

Wir sehen es auch im Kongo, wo Milizen seit den 90er Jahren brutale Angriffe auf die Bevölkerung verüben und vor allem Frauen und Mädchen vergewaltigt und misshandelt werden. Diese Terrorisierung der Zivilbevölkerung ist vor allem eine Einschüchterung, ein Bruch der Gesellschaft in ihrer Würde.

Auch ethnische Säuberungen werden häufig durch Gewalt an Frauen angefeuert, so wie es im Bosnienkrieg geschah. Vor dem Krieg lebten in der Stadt Foča rund 50 Prozent Bosniaken (muslimische Bosnier:innen), ab Frühling 1992 wurde die nicht-serbische Bevölkerung terrorisiert. Frauen wurden systematisch eingesperrt, gefoltert und als Sklavinnen gehandelt und vergewaltigt.

Im Sommer 2014 begeht der sogenannte Islamische Staat (IS) einen Genozid und Femizid an Jesid:innen. IS-Anhänger rissen Familien auseinander, töteten Männer und Jungen und verschleppten Mädchen und Frauen, welche zu Opfern von Versklavung und Vergewaltigung wurden. Zahlreiche Frauen befinden sich bis heute im "Besitz" von IS-Mitgliedern.

Auch in Bürgerkriegen wie im Sudan zwischen den paramilitärischen "Rapid Support Forces" (RSF) und den staatlichen Sudanesischen Streitkräften (SAF) kommt es zu massiver sexualisierter Gewalt, auch Gruppenvergewaltigungen, durch die RSF an Frauen und Kindern.



Frauen im Sudan (links) und im Kongo (rechts).

Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben!

Mit den genannten Beispielen sind nur einige von etlichen grausamen Realitäten genannt. Doch diese bleiben meist nicht unbeantwortet. So bildet sich an allen Orten Widerstand und Organisation gegen die gewaltvollen und patriarchalen Umstände. Gegen diese Umstände, welche geschaffen wurden und bis heute insbesondere die Lebensrealitäten von Frauen, aber letztendlich allen Geschlechtern bestimmen.

So gibt es etwa die „Women in Black“, eine internationale und antimilitaristische Frauen-Friedensbewegung. Sie nahm 1988 in Jerusalem ihren Anfang und spielt seitdem eine wesentliche Rolle beim Widerstand gegen den Genozid an der palästinensischen Bevölkerung durch den Staat Israel. In Belgrad protestieren die Žene u crnom („Frauen in Schwarz“) seit den 1990er-Jahren öffentlich gegen Krieg, Nationalismus und patriarchale Gewalt und erinnern an die Verbrechen der Jugoslawienkriege.

Die YPJ, die Frauenverteidigungseinheiten der Autonomen Selbstverwaltung Nord-Ost-Syriens, kämpfen nicht nur bewaffnet gegen die Unterdrückung des türkischen Staates und islamistischer Gruppen, sondern setzen sich zugleich für eine gesellschaftliche Ordnung ein, in der Frauenbefreiung im Zentrum steht. Im Süden Syriens organisieren sich drusische Frauen, um ihre Gemeinschaften vor Angriffen zu schützen, Mädchen und Frauen zu unterstützen und patriarchale Strukturen innerhalb wie außerhalb zu bekämpfen.



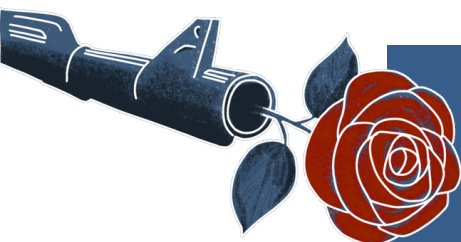
Žene u crnom und Women in Black (links und Mitte) und eine Kämpferin der YPJ (rechts).



Clara Zetkin und Rosa Luxemburg (links), Frauen in Ost-Berlin 1983, die Spenden zur Unterstützung von Familien inhaftierter Wehrdienstverweigerer sammeln (rechts).

Auch hierzulande haben sich Frauen wie Rosa Luxemburg oder Clara Zetkin zusammengeschlossen, um gegen Militarisierung zu kämpfen (mehr zu Rosa und Clara findest du auf Seite 43). In ihren Fußstapfen liefen unzählige Frauen, die über Jahrzehnte eine Frauenfriedensbewegung in Deutschland prägten.

Heute knüpfen wir daran an, als klare Antwort auf die Gegenwart und die kommende Zukunft. Also lasst uns als Frauen verbünden und zusammen gegen diese Kriege kämpfen, die so sehr gegen unser aller Befreiung kämpfen!



mehr zum Zusammenhang von Krieg und Patriarchat
"Patriarchat und Kapital" von Maria Mies

mehr zur Selbstverteidigung von Frauen in Kurdistan
Kapitel "Der Dritte Weltkrieg - Angriffe auf die Frauenrevolution und der Widerstand dagegen" aus dem Buch "Wir wissen was wir wollen"

mehr zu den Junge Frauenkommunen
@jungefrauenkommunen auf Instagram



Und als der nächste Krieg begann
da sagten die Frauen: Nein
und schlossen Bruder, Sohn und Mann
fest in der Wohnung ein.

Dann zogen sie in jedem Land
wohl vor des Hauptmanns Haus
und hielten Stöcke in der Hand
und holten die Kerls heraus.

Sie legten jeden über's Knie
der diesen Krieg befahl:
die Herren der Bank und Industrie,
den Minister und General.

Da brach so mancher Stock entzwei
und manches Großmaul schwieg.
In allen Ländern gab's Geschrei,
doch nirgends gab es Krieg.

Die Frauen gingen dann wieder nach Haus
zu Bruder und Sohn und Mann
und sagten ihnen: der Krieg sei aus.

Die Männer starrten zum Fenster hinaus
und sahen die Frauen nicht an...

...

Brüder! Brüder! Schließt die Reihn!
Brüder! das darf nicht wieder sein!
Geben sie uns den Vernichtungsfrieden,
ist das gleiche Los beschieden
unsern Söhnen und euern Enkeln.
Sollen die wieder blutrot besprenkeln
die Ackergräben, das grüne Gras?
Brüder! Pfeift den Burschen was!
Es darf und soll so nicht weitergehen.
Wir haben alle, alle gesehen,
wohin ein solcher Wahnsinn führt –

Das Feuer brannte, das sie geschürt.
Löscht es aus! Die Imperialisten,
die da drüben bei jenen nisten,
schenken uns wieder Nationalisten.
Und nach abermals zwanzig Jahren
kommen neue Kanonen gefahren. –
Das wäre kein Friede.

Das wäre Wahn.
Der alte Tanz auf dem alten Vulkan.
Du sollst nicht töten! hat einer gesagt.
Und die Menschheit hörts,
und die Menschheit klagt.
Will das niemals anders werden?

Krieg dem Kriege!
Und Friede auf Erden.



Angriff oder Verteidigung

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 setzten die Bundesregierungen vor allem auf einen Kurs: Aufrüstung. Deutschland müsse sich vor Russland schützen und verteidigen können, betonen sie dabei immer wieder. Deswegen fließt heute jeder fünfte Euro ins Militär und nicht mehr nur jeder neunte, wie es noch vor drei Jahren der Fall war. Zusätzlich akzeptierte der Bundestag fast ohne Widersprüche die Verabschiedung des größten Sondervermögens seit dem Zweiten Weltkrieg. Fast jede neue Investition und Gesetzesänderung wird dabei mit der Verteidigung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten in ganz Europa und besonders der Ukraine begründet.

Gefahr für die NATO

Wenn die Bundesregierung davon spricht, aufrüsten zu müssen, um sich verteidigen zu können, darf nicht vergessen werden, dass Deutschland Teil der NATO ist – dem stärksten Militärbündnis weltweit.

Die NATO, die sich selbst als „Verteidigungsbündnis“ bezeichnet, umfasst fast alle west- und mitteleuropäischen Staaten sowie Kanada und die USA. Gegründet wurde sie 1949 unter Führung der USA. Es war die Zeit des Kalten Krieges, in der die Sowjetunion und die USA um die Vorherrschaft in der Welt rangen. Damit waren in der NATO damals die anti-sowjetischen Staaten Europas vereint. Während die NATO damals noch zu einem Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West führte, sind die militärischen Kräfte heute sehr anders verteilt. Allein in den europäischen NATO-Mitgliedsstaaten gibt es zwei Millionen aktive Soldaten.

Russland hingegen mobilisiert im aktuellen Krieg 1,3 Millionen Soldaten. Auch in Bezug auf den Militärhaushalt und Großwaffensysteme zu Land, Wasser und Luft ist die NATO Russland zahlenmäßig überlegen – sogar ohne das Militär der USA mitzuzählen.

Die NATO nennt sich zwar Verteidigungsbündnis, musste sich aber noch nie verteidigen. So wurde in ihrer 76-jährigen Geschichte bisher keiner ihrer Mitgliedsstaaten von einem anderen Land angegriffen. Im Gegenteil: NATO-Staaten führen weltweit die meisten Kriege im Ausland. Die NATO als Bündnis sowie ihre Mitgliedsstaaten fingen hingegen zahlreiche, zum Teil völkerrechtswidrige Kriege in Europa, Asien, Afrika und Südamerika an oder mischten sich in diese ein.


Wenn nicht für die Verteidigung – wieso rüstet Deutschland dann auf?

Um die Aufrüstungspolitik Deutschlands im Kontext der militärischen Stärke der NATO besser verstehen zu können, eignet sich ein Blick in das Jahr 2014. Wie jedes Jahr fand damals die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz, bekannt als die wichtigste internationale Kriegskonferenzen, in München statt. Eine Rede, die dort gehalten wurde, war besonders einschlagend. Es war die Rede des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck. An der Seite von Frank-Walter Steinmeier, dem heutigen Bundespräsidenten, und Ursula von der Leyen, der aktuellen EU-Kommissionspräsidentin, sagte er, dass Deutschland die Bundeswehr wieder weltweit einsetzen müsse, um Wohlstand und Frieden in der Welt zu sichern.

Doch was hier die Sicherung von „Wohlstand und Frieden“ genannt wurde, meinte den deutschen Herrschafts- und Einflussbereich in der Welt, der



nicht nur gesichert, sondern beachtlicher Weise auch vergrößert werden sollte. Dass Deutschland 2014 das wirtschaftlich fünft stärkste Land weltweit war, bedeutete für sie, dass Deutschland eine dementsprechend einflussreiche Rolle in der Welt zukommen müsse. Oder um es in den Worten Frank-Walter Steinmeiers zu schreiben: „Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“

*Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur 
von der Außenlinie zu kommentieren.*

Die Rede Joachim Gaucks sollten keine leeren Worte bleiben. So geben die Bundesregierungen seit 2015 jedes Jahr mehr Geld für das Militär aus. Vorgeschlagen wurde dieser kriegspolitische Vorstoß schon 2013 mit dem Strategiepapier „Neue Macht, Neue Verantwortung“, das von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik und dem deutsch-amerikanischen German Marshall Fund gemeinsam ausgearbeitet wurde. Dieses Strategiepapier hatte erheblichen Einfluss auf die Regierung, so dass viele Politiker:innen bereits 2014 forderten, dass Deutschland eine unabhängigere und militärisch zentralere Rolle in der Welt einnehmen solle. Doch der Wandel in der deutschen Politik vollzog sich langsam.

Zu langsam, wenn es nach den USA ginge. So übten Vertreter:innen der USA 2015 vermehrt Druck auf und betonten immer wieder, dass Deutschland mehr „Verantwortung“ für die Verteidigung der US-amerikanischen Dominanz in der Welt übernehmen solle. Damit spielten sie auf die Rolle der USA als Weltpolizei an. Als solche kontrollieren die USA und ihre Verbündeten seit Jahrzehnten die weltweit wichtigsten Handelswege und stürzen Regime, die ihre Dominanz infrage stellen oder sich dieser in den Weg stellen, wie es beispielsweise 1973 in Chile oder 2024 in Syrien der Fall war. Nach einem erfolgreichen Regierungssturz unterstützen die USA zumeist Akteure, die es ihnen ermöglichen, das Land wirtschaftlich auszubeuten und seiner Rohstoffe zu berauben. So erschufen die USA – auf Kosten des Lebens von Millionen von Menschen – einen „freien Markt“.

Auch deutsche Großkonzerne profitieren sehr von diesem Markt. Denn dort können sie überall auf der Welt günstig Rohstoffe kaufen sowie ihre

Produkte gewinnbringend absetzen. Da die deutsche Wirtschaft von dieser Ordnung, die von den USA aufrechterhalten wird, sehr profitiert, wird aus Nordamerika die stärkere Beteiligung Deutschlands an internationalen Militäreinsätzen gefordert. Damit soll in Zeiten des bröckelnden Einflusses der USA die Aufrechterhaltung dieser Ordnung auch für die Zukunft garantiert werden.

Seit 2022 wird der zuvor langsame Wandel in der deutschen Politik immer mehr beschleunigt. Was hat sich geändert, dass die Bundesregierung den langjährigen Forderungen plötzlich folgte?

Deutsche Militärhilfe für die Ukraine erst seit 2022- wieso?

Dazu eignet sich erneut ein Blick in das Jahr 2014. Denn ab 2014 besetzten russische Truppen Teile der Ukraine. Die Kämpfe halten seitdem an. Das hätte schon damals ein Anlass für deutsche Sanktionen sowie Aufrüstungspläne gegen Russland sein können, wie es 2022 der Fall war. Doch eine Sache hielt die deutsche Regierung davon ab, klare Kante gegenüber Russland zu zeigen: billiges russisches Gas. Denn 2014 flossen enorme Mengen günstigen Erdgas aus Russland nach Deutschland. Davon profitierten alle deutschen Konzerne und die wirtschaftliche Stärke Deutschlands wurde davon abhängig. Mit dem Gas war jegliche Produktion in Deutschland sehr günstig, wodurch Produkte mit großem Gewinn ins Ausland verkauft werden konnten. Aufgrund dieses bedeutenden Vorteils, den das russische Gas deutschen Großkonzernen bot, stellten sich Lobby und Politik bei Sanktionen gegen Russland lange quer.

Doch mit dem großen russischen Angriff auf die Ukraine 2022 fing Russland an selbst weniger Gas zu liefern. Damit brach der Gewinn, den deutsche Großkonzerne erwirtschaften konnten, unweigerlich weg. Da die deutsche Wirtschaft nun keinen Vorteil mehr durch das Gas hatte, waren ihr die guten Beziehungen zu Russland nicht mehr wichtig. So ist 2022 das Jahr, in dem die Bundesrepublik anfang, Monat für Monat mehr Kriegsgerät an die Front in der Ukraine zu schicken.

Aus dem Verlust des günstigen Gas folgte zudem eine Neuorientierung der deutschen Wirtschaft. Es werden neue Branchen gesucht, in denen gewinn-

bringend in Deutschland produziert werden kann. Denn in vielen Branchen machen sich die Verluste bemerkbar. Sie werden auf die Arbeiterinnen und Arbeiter abgewälzt, wie an den sich häufenden Werksschließungen sichtbar wird, bei denen tausende Arbeiter:innen auf einen Schlag entlassen werden. Doch die Werksschließung ist nicht die einzige Option.

Hier wird deutlich, dass die Neuausrichtung der deutschen Wirtschaft auf das Militär ausgelegt ist. Denn während viele Großkonzerne ihre Fabriken abbauen müssen, bietet die Kriegsindustrie an, sie zu übernehmen. Die Kriegsindustrie bereichert sich zurzeit an den knapp 100 Milliarden Euro, die jährlich für das Militär ausgegeben werden. Ihre Auftragsbücher sind voll, wohingegen die von Autokonzernen leer sind. Daraus folgt an einigen Industriestandorten schon heute die Umstellung von ziviler auf militärische Produktion. So wird zum Beispiel in Görlitz die Produktion von Straßenbahnen eingestellt, um Panzer zu bauen. In Berlin-Wedding stellt eine Autofabrik aktuell ihre Produktion auf Geschosse um. Diese Umstellung auf Kriegsproduktion und die Aufhebung der Schuldenbremse für Militärausgaben Anfang des Jahres bahnen den Aufbau einer Kriegswirtschaft an. Eine Wirtschaft, in der alles auf die Kriegsvorbereitung ausgelegt ist.



Protest gegen die geplante Panzerproduktion in Görlitz (Ost-Sachsen).

Kein offener Diskurs mehr

Gesellschaftlich akzeptiert sind diese Werksschließungen noch nicht. Doch die Regierung weiß sich mit dem Aufbau eines Bedrohungsszenarios durch mögliche russische Angriff auf Deutschland zu helfen. Damit konnten schon bisher unpopuläre Entscheidungen im Parlament durchgesetzt werden.

Auch das alte Märchen der „kaputtgesparten“ Bundeswehr, mit der wir in Deutschland wehrlos ausgeliefert wären, lief lange auf Dauerschleife. Mit beidem wird versucht, das Bild eines gemeinsamen Ziels, wie das der „Kriegstüchtigkeit“, zu schaffen.

Im öffentlichen Diskurs spielen sich Vertreter:innen der Rüstungsindustrie, des Kriegsministeriums sowie der Bundesregierung die Bälle zu, mit dem Ziel von der Notwendigkeit weiterer Investitionen in das Militär zu überzeugen. Wie das funktionieren kann, ist zum Beispiel an der öffentlichen Diskussion über die angeblich schief schießenden G36-Gewehre der Bundeswehr erkennbar, mit der 2014 die Grundlage für den Kauf von circa 120000 neuen Gewehren für 650 Millionen € gelegt wurde.

Heute wird dieses Spiel mit der Wehrpflicht gespielt. Bundeswehrverbände fordern ihre Wiedereinführung und viele Politiker:innen gehen auf diese Forderung gerne ein. Wenn man von Seiten der Politik Kritik hört, dann oft nur, dass es nicht genug Geld gäbe, um die Wehrpflicht umzusetzen. So werden sich auch hier die Bälle zugespült, um die Wehrpflicht schnellstmöglich wieder einführen zu können.

Bei dieser Zielsetzung wird auch von der schlechten Lage der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, profitiert, die von der Bundesregierung selbst erzeugt wird. So sollen in der Bundeswehr ab jetzt selbst für Wehrpflichtjahre Löhne von bis zu 1500 Euro im Monat gezahlt werden. Im Vergleich dazu bekommt man bei einem Bundesfreiwilligendienst oder einem FSJ/FÖJ monatlich zwischen 400 und 640 Euro. Junge Menschen, die einen großen Teil der armen Bevölkerung in Deutschland ausmachen, werden so gezielt mit Geld ins Militär gelockt.





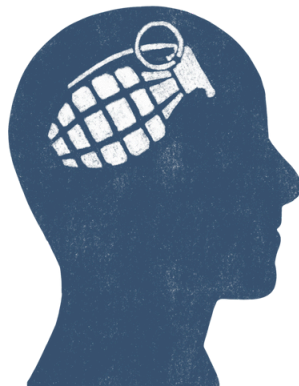
Besonders perfide ist die Selbstdarstellung, mit der die Bundeswehr für sich wirbt und mit der sie seit Jahren gezielt die Jugend anzusprechen versucht. Denn 1500 Euro Lohn erhältst du in der Bundeswehr nicht, um Abenteuer zu erleben. In der Bundeswehr werden Soldaten darauf gedrillt, Befehle zu befolgen und wenn es darauf ankommt, zu töten und getötet zu werden. In der ihrer Werbung sieht das allerdings anders aus, denn hier sehen Bundeswehreinsätze wie eine Szene aus Call of Duty oder einem Actionfilm aus. Ein Abenteuer von Jungs, die die Welt gemeinsam kennenlernen, machen, was wirklich zählt und dabei stark, männlich und entschlossen aussehen.

Um ihre Zielgruppe innerhalb der Jugend zu verbreitern, arbeitete die Bundeswehr mit vier jungen Influencer:innen zusammen, die sonst Comedy-, Koch-, Lifestyle- und Sportcontent produzieren. Es sollte gezeigt werden, wie viel Neues man Spaß bei der Bundeswehr erleben kann; wie viele Möglichkeiten die Bundeswehr zu „bieten“ hat und wie divers sie doch eigentlich ist. Dass die Bundeswehr aber vor allem darauf vorbereitet ist, in einem traumatischen Kriegseinsatz an der Waffe zu dienen, steht nicht im Vordergrund.

Denn ihre Kriegspropaganda zielt darauf ab, dass wir uns auf unserer Suche nach einer sinnvollen Betätigung im Leben abgeholt fühlen. Wir suchen nach engen Freundschaften, Herausforderungen, Spaß und einer ernsthaften Bestimmung. Die Bundeswehr täuscht vor, all das zu erfüllen, um uns für ihre Kriege zu gewinnen.

Gewinner und Verlierer

Doch diese Werbung ist nur ein Teil ihrer Propaganda. Die Bundeswehr sagt heute offen, ein „Mindset der Wehrhaftigkeit“ schaffen zu wollen – einen Zustand, in dem wir nicht mehr als Gesellschaft selbst denken, sondern nur noch Befehlen folgen; Befehle, die uns sagen, dass wir uns im Krieg für den Staat aufopfern sollen.



In Verbindung mit der Angst vor einem Angriff sagen einige, wie von selbst, dass der Krieg gegen Russland geführt werden muss. Dann haben sie die Interessen des Staates als ihre eigenen übernommen. Manche sagen sogar, dass sie selber an der Front kämpfen würden. Dann repräsentieren sie das „Mindset der Wehrhaftigkeit“, das ganz im Wunsch der Bundeswehr steht. Doch in Wahrheit graben sie sich mit der Unterstützung der Kriegsambitionen ihr eigenes Grab und das ganz im Interesse der deutschen Wirtschaft und Politik.

Doch wie wird dieses „Mindset der Wehrhaftigkeit“ geschaffen? Dafür verweisen wir zunächst auf die lange Tradition, die eine Anti-Kriegshaltung in Deutschland hat. So existierte nach dem Ersten sowie Zweiten Weltkrieg im Osten wie im Westen lange eine starke soziale Bewegung gegen Krieg. Hunderttausende Menschen protestierten gegen die Aufrüstung der BRD und später die immer stärkere deutsche Beteiligung an Kriegseinsätzen im Ausland. In diesen Bewegungen war klar, dass der deutsche Staat sich an diesen Kriegen beteiligt, um eigene geopolitische Interessen darin zu verfolgen – nicht etwa, als selbstloser Retter. In der Gesellschaft gab es zumindest die Klarheit, dass Krieg keine Lösung für Konflikte ist und nicht zu Frieden führen kann.

Dieses Bewusstsein wurde über die letzten Jahrzehnte Stück für Stück verwässert. Besonders der Krieg in der Ukraine konnte als ein „Kampf der Menschlichkeit“ gegen das Böse stilisiert werden. Deutsche Waffenlieferungen wurden zu einer Geste der selbstlosen Güte, die weder einen Krieg anfeuert noch für eigene geopolitische Interessen steht.

Die Motive hinter den deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine sind aber weder Menschlichkeit noch Selbstlosigkeit. Denn wie oben bereits ausgeführt, war der BRD der Krieg 2014 scheinbar noch egal. 2022 kam mit der neuen Phase des Krieges die Gelegenheit, einen neuen kriegspolitischen und kriegswirtschaftlichen Kurs vor der deutschen Bevölkerung zu rechtfertigen – indem uns verkauft wird, dass wir die nächsten sein werden, die Russland angreifen wird. Die Erzählung von der unbedingt notwendigen Aufrüstungspolitik, in der alle ihren Platz einnehmen müssen, um möglichst produktiv Deutschland zu verteidigen, nahm ihren Lauf.

Im Frühjahr sagte der aktuelle Bundeskanzler Friedrich Merz, dass alle mehr arbeiten müssten, um Deutschland reich zu machen. Damit läutet er eine Zeit ein, in der sich das Individuum und die Gesellschaft als Ganzes den Interessen des Staates noch mehr als sonst schon unterordnen sollen. Es ist ein Vorgeschmack darauf, dass wir vielleicht für den Staat in den Krieg ziehen müssen. Sehr eindrücklich zeigt sich das an Äußerungen verschiedener Politiker:innen, wie beispielsweise der Aussage Robert Habecks, dass wir alle Energie sparen sollten, um „Russland zu schaden“. Genau so meinte der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck im Kontext des Ukrainekriegs: „Wir können auch einmal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben.“ Doch sowohl Habeck als auch Gauck meinen mit „wir“ weder sich selbst, noch andere Reiche und Mächtige in diesem Land, sondern allein uns, die allgemeine Bevölkerung.

Denn es ist immer die Gesellschaft, auf deren Rücken ihre Kriegspolitik ausgetragen wird. Hier in Deutschland bedeutet das heute zum Beispiel, dass jeder fünfte Euro in das Militär investiert wird, während Lehrer:innen immer schlechter ausgebildet werden und Krankenhäuser überlastet sind.

Zur Schaffung eines „Mindsets der Wehrhaftigkeit“ gehört auch, dass sich die Bundeswehr als einzige Lösung für Frieden darstellt. Dafür werden immer mehr sogenannte Jugendoffiziere in Schulen geschickt, um im Unterricht Werbung für die Bundeswehr zu machen. Sie werden dafür bezahlt, Kindern und Jugendlichen den Krieg schönzureden. Zusätzlich soll in den ersten Schulen bald „Zivilschutzunterricht“ eingeführt werden. Während der Unterrichtszeit sollen Ausflüge in Militäreinrichtungen gemacht und

alles bis auf das Schießen vom Leben eines:r Soldat:in gelehrt werden. In Polen wird ein solcher Unterricht schon heute durchgeführt. Hier werden alle Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse unter anderem im Schießen trainiert.



Medien für den Krieg

Auch die Art und Weise, wie dauerhaft über Krieg und die Bedrohung durch Russland berichtet wird, ist ein Mittel, mit dem eine Stimmung der konstanten Bedrohung erzeugt wird. Seit 2022 kann man kaum eine Nachrichtenseite mehr öffnen, ohne direkt auf der Titelseite über die aktuellen Entwicklungen des Krieges in der Ukraine informiert zu werden.

Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein!

Boris Pistorius am 5. Juni 2024



Zusätzlich wird mit Aussagen wie der von Kriegsminister Boris Pistorius, dass wir damit rechnen müssen, dass Russland 2029 die NATO angreifen wird und wir bis dahin kriegsbereit sein müssen, gezielt die Angst vor einem bevorstehenden Angriff geschürt. Diese Angst wird sowohl zur Legitimierung all der Facetten ihrer Aufrüstungspolitik, als auch zur Schaffung von gefügigen Bürger:innen instrumentalisiert.

Doch in den Medien wird nicht nur die Sorge vor Krieg gestärkt. Stimmen für eine friedliche Lösung werden systematisch diffamiert. Das wird besonders am Umgang mit Protesten der letzten zwei Jahre, die sich gegen den Völkermord in Palästina richten, deutlich. So wurden jegliche pro-

palästinensischen Stimmen von Anfang an als antisemitisch oder Hamas-befürwortend bezeichnet. Insbesondere in Berlin hat das repressive und brutale Vorgehen der Polizei gegen pro-palästinensische Demonstrationen erschreckende Ausmaße angenommen.

Meinungs- und Pressefreiheit sind dabei nicht die einzigen im Grundgesetz verankerten Rechte, die bei der gewaltvollen Durchsetzung ihrer Kriegsvorbereitungen angegriffen werden. So setzte die deutsche Bundesregierung das Recht geflohener ukrainischer und russischer Kriegsdienstverweigerer aus, die in Deutschland nach Zuflucht und Hilfe suchten. Auch hier wird wieder deutlich, dass es dem Staat nicht um Menschlichkeit geht und ihr Gerede von Demokratie und Freiheit nur leere Phrasen sind. Es zeigt eine Herangehensweise, die wir von Staaten kennen, die aktiv Krieg führen und währenddessen in der eigenen Gesellschaft jede kritische Stimme verstummen lassen.

Nur wenn wir dieser Realität der Kriegsvorbereitungen in die Augen schauen, können wir dem etwas entgegensetzen. Der deutsche Staat und einige Großkonzerne bereiten hier und heute einen Krieg vor. Sie rüsten auf und versuchen die Bevölkerung von ihrem Krieg zu überzeugen. Als Jugend liegt es besonders an uns, die Kriegsvorbereitungen zu stoppen!

Denn dieser Krieg ist nicht unser Krieg!
Es ist der Krieg der Reichen und Regierungen!



mehr zur Militarisierung von Bildungseinrichtungen

Schwerpunkt: „Zeitenwende“ in Bildung und Hochschule von der Informationsstelle Militarisierung

mehr zur deutschen Weltpolitik

german-foreign-policy.com

mehr zur Geopolitik aktueller Kriege

„Chancen und Gefahren des Dritten Weltkriegs“ von der Akademie der Demokratischen Moderne

Militarisierung, checkst du?

1. 2011 wurde der Bundeswehr ein Budget von 8,5 Mio Euro für Werbung zur Verfügung gestellt. Wie hoch war dieses Budget 2024?

- a) 100 Mio Euro
- b) 58 Mio Euro
- c) 86 Mio Euro
- d) 24 Mio Euro

2. Wie viele Länder hatten im Jahr 2024 höhere Militärausgaben als Deutschland?

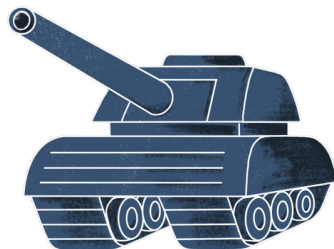
3. Welcher Wirtschaftstrend verbindet diese Orte und Konzerne in Deutschland: Bosch, Continental, Neuss, Pierburg, Unterlüß und VW?

- a) Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter
- b) vollautomatisierte und KI-gesteuerte Produktion
- c) Wirtschaftspartnerschaft mit EU und NATO

4. Wie viele Bundesländer haben in den letzten acht Jahren Polizeigesetze verabschiedet, die in Teilen oder komplett verfassungswidrig sind?

5. Von welchem deutschen Politiker stammt diese Aussage: „Frieden gibt es auf jedem Friedhof.“

- a) Robert Habeck
- b) Olaf Scholz
- c) Boris Pistorius
- d) Friedrich Merz



Die Lösungen findest du auf Seite 65.

Erfahrungen einer ostdeutschen Anti-Kriegsaktivistin

Deutschland rüstet auf – sowohl nach Außen als auch nach Innen. Eine starke, linke Bewegung, die sich für Frieden und gegen ihre Kriegsvorbereitungen einsetzt, wird jeden Tag wichtiger. Doch eine solche Bewegung ist ein Dorn im Auge der Herrschenden. Deswegen sehen wir schon heute, wie versucht wird, Protest gegen ihre Kriege zu kriminalisieren oder zu verhindern. Das sehen wir bei Demonstrationen gegen den Krieg und Genozid in Gaza, denen mit härtester Polizeigewalt begegnet wird. Wir sehen es ganz aktuell auch beim Versuch der Polizei, antimilitaristischen Widerstand in Form des Rheinmetall Entwaffnen Camps in Köln zu verbieten. Auch in Strategiepapieren der Bundesregierung wird schon von der Notwendigkeit geschrieben, sich auf die Niederschlagung aufkommender Anti-Kriegsbewegungen vorzubereiten.

In der DDR war ein offener Protest gegen Krieg nur schwer möglich, zumindest nicht ohne starke Repressionen. Wenn wir über Proteste und Aktionen gegen Krieg und für Frieden nachdenken, fallen uns viele Beispiele aus der Geschichte der BRD ein, während uns für die DDR vielleicht ein, zwei einfallen.

Um das zu ändern, und auch von Erfahrungen aus der DDR lernen zu können, haben wir für diese Broschüre ein Interview mit einer ostdeutschen Frau geführt, die zu DDR-Zeiten, aber auch danach viele Jahre in der Anti-Kriegsarbeit aktiv war.

Manche der im Interview dargelegten Perspektiven bewerten wir mitunter anders als sie oder ziehen andere Schlüsse daraus. Wir erachten es dennoch als wichtig, diese zu teilen. Denn wenn wir als Bewegung eine gemeinsame Kraft entwickeln wollen, müssen wir auch offen sein, von Perspektiven anderer zu lernen.

Stell Dich gerne kurz vor: Wer bist Du und was ist Dein persönlicher Bezug zu der Frage von Krieg und Frieden?

Ich bin Jahrgang 1961 und in Seiffen groß geworden, an der tschechischen Grenze. Ich habe schon als Kind viele Sachen erlebt, die mich politisch geprägt haben. Zum Beispiel haben die russischen Panzer, die im Frühling 1968 in die Tschechoslowakei einmarschiert sind, in unserem Dorf einen Stopp gemacht. Wir Kinder haben mit den Soldaten Kekse getauscht und die Großen Zigaretten, gegen Abzeichen und ähnliche Sachen. Das war für uns als Kinder aufregend. Ich habe erst viel später verstanden, was das eigentlich bedeutet hat. Dass das der Einmarsch und die Niederschlagung des Prager Frühlings war. Meine Mutter hatte mir später erzählt, dass die lokale SED-Führung diese „Verbrüderung“ schnell beendet hatte (...) In der Schule haben wir später natürlich auch den Vietnamkrieg mitbekommen. Ich hatte es damals nicht verstanden, wieso Angela Davis, eine amerikanische Friedensaktivistin, für ihre Antikriegshaltung eingesperrt wurde.

Wie bist Du dann aktiv geworden?

Anfang der 1980er Jahre habe ich begonnen, mich in kirchlichen Kreisen zu engagieren. Damals war vor allem in der evangelischen Kirche viel los, auch politisch. Dort haben wir viel über alternative Ideologien und Theorien diskutiert. Unter anderem auch zur Theologie der Befreiung des nikaraguanischen Priesters und Sozialisten Ernesto Cardenal.

Vor dem Hintergrund der Stationierung sowjetischer SS-20-Atomraketen sowie des NATO-Doppelbeschlusses 1979, d.h. der Stationierung US-amerikanischen Pershing-II-Atomraketen und Cruise Missiles auf dem Bundesgebiet haben wir versucht, auf unsere Weise ein Zeichen gegen atomare Aufrüstung zu setzen (mehr zum NATO-Doppelbeschluss auf Seite 32). Ich erinnere mich noch daran, wie wir damals Eingaben formulierten, unter anderem auch ein Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl, in dem wir unsere Ablehnung deutlich gemacht haben. Wir haben Friedensveranstaltungen und -gebete organisiert. Das alles hat uns natürlich auch die Beobachtung durch die Stasi eingebracht, Briefe wurde abgefangen, Wohnungen abgehört etc. Es gab damals auch kaum andere Möglichkeiten, sich regimiekritisch zu engagieren. Es gab noch die Opposition

Der NATO-Doppelbeschluss



Mitten im Kalten Krieg, im Zuge des atomaren Wettrüstens zwischen dem Westblock unter US-Führung und dem Ostblock unter der Führung der Sowietunion, beschlossen die Außen- und Kriegsminister der NATO-Mitgliedsstaaten im Dezember 1979 den sogenannten NATO-Doppelbeschluss. Diese doppelte Strategie war eine Reaktion darauf, dass die Sowietunion ihre auf Westeuropa gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen mit modernisierten Modellen (SS-20) austauschte. Die NATO begründete ihre Beschlüsse mit dem durch diese Aufrüstung gefährdeten strategischen Gleichgewicht in Europa. Mit einem der Beschlüsse wurde die Forderung nach Verhandlungen mit der Sowietunion über die Begrenzung der SS-20-Raketen aufgestellt. Der andere Beschluss entschied die Stationierung von fast 200 Mittelstreckenraketen mit Atomsprenköpfen (Pershing-II-Raketen) sowie von über 450 Marschflugkörpern (Cruise Missiles) in Westeuropa. Gegen diesen Doppelbeschluss entstand in der BRD eine breite Protestbewegung, die Millionen von Menschen auf die Straßen mobilisierte und zu einem Erstarken der Anti-Kriegs- und Friedensbewegung führte.

innerhalb der SED, aber für diese Menschen hatte das oft noch drastischere Auswirkungen. (...)

Ich habe mich Mitte der 80er von den kirchlichen Gruppen entfernt, weil sie mir letztlich nicht geholfen haben, die immer offener hervortretenden Widersprüche zwischen Anspruch und Realität in der DDR zu verstehen und zu ändern.

1988 habe ich zusammen mit zwei Freunden eine kleine Gruppe gegründet, die sich *Linke Initiative* nannte. Uns war klar, dass wir eine Organisation brauchen, dass wir uns organisieren müssen. Unsere wichtigste Aktion war im Juni 1989 anlässlich der Niederschlagung der Studentenbewegung in China auf dem Platz des himmlischen Friedens. Wir haben den inhaltlichen Input erarbeitet, der die Unterstützung der DDR-Regierung bei der Niederschlagung des Aufstands kritisierte und darstellte, dass wir im Falle einer Demokratiebewegung in der DDR auch mit ähnlichen Reaktionen rechnen müssen. Wir hatten die Veranstaltung zusammen mit der Gemeinde von Pfarrer Hans-Jochen Vogel in der Johanniskirche organisiert. Es waren viele Menschen da, alle Plätze waren besetzt. Die Hälfte davon waren von der Stasi (Staatssicherheit, DDR-Geheimdienst), das hat man immer gemerkt.

Du hast gerade die Stasi und die eingeschränkten Möglichkeiten erwähnt. Das Aufkommen einer Anti-Kriegs- bzw. Friedensbewegung sollte in der DDR verhindert werden. In der heutigen BRD können wir die Entwicklung ähnlicher Tendenzen von Seiten des Staates beobachten. Wie sah das damals aus, was hat das auch für Dich bedeutet?

Wenn du gegen Krieg und Aufrüstung warst, war das ziemlich gefährlich. Ein Bekannter von mir wurde zum Beispiel zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, einfach nur weil er sich mit einem Schild und einer Kerze öffentlich angeblich gegen die Friedenspolitik der DDR positioniert hatte. (...)

1981 war die erste Wahl zur Volkskammer, an der ich hätte teilnehmen können. Damals habe ich bei der Freien Presse als Datentypistin gearbeitet und war schon politisch aktiv. Ich wurde zum Chef einbestellt und gefragt, warum ich nicht zur Wahl gegangen bin. Mir wurde vorgeworfen, dass ich die Friedenspolitik der DDR ablehnte. Ich verlor meine Arbeit bei der Freien Presse und wurde wie ein Staatsfeind behandelt. Meinen beruflichen Werdegang hat das bis zum Ende der DDR drastisch beeinflusst. (...)

In der DDR gab es eine Wehrpflicht, jeder Mann musste für mindestens 18 Monate zur Armee. Wer aus Gewissensgründen einen Zivildienst ohne Waffe leisten wollte, wurde den sogenannten Bausoldaten zugeordnet. Einen solchen Zivildienst zu machen, war aber nicht einfach. In einigen Städten waren die Anhörungen teilweise sehr schlimm. Wer den Dienst an der Waffe verweigerte, wurde auf verschiedenste Weise diskriminiert oder unterdrückt sozusagen. Totalverweigerer sind sogar ins Gefängnis gekommen.

Wir haben auch das Kriegsrecht in Polen mit Sorge wahrgenommen, das gegen die oppositionelle Gewerkschafts- und Bürgerbewegung "Solidarność" ausgerufen wurde. Es gab so viele Entwicklungen, mit denen wir nicht einverstanden waren.

Du warst ja sowohl vor als auch nach der Wende aktiv. Was hat die Wende für Deine politische Praxis damals bedeutet?

Für mich war das absolut Entscheidende der Wende immer, dass wir nun

Organisationsfreiheit hatten, dass man sich organisieren konnte, offen und vor allem international. Reisefreiheit ist zum Beispiel auch etwas sehr Schönes, aber dafür braucht man natürlich auch die Mittel. (...) Aber Organisationsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, offen mit den eigenen Positionen nach außen gehen zu können, das ist für mich zentral. Leider werden diese Freiheiten ja gerade auch wieder immer mehr bedroht.

Wie hast Du die Weltlage und ihre Kriege damals verstanden?

Im Prinzip habe ich das gesagt, was ich auch heute zu den aktuellen Kriegen sage: **Weder Washington noch Moskau (heute kommt noch dazu: und auch nicht Brüssel)**. Diese Parole hat mich letztlich durch mein politisches Leben geführt. Das ist für mich eine ganz zentrale Parole.

Anfang der 1980er war das für mich aus dem Bauch heraus eine pazifistische Haltung, zu sagen, dass wir weder die SS-20- noch die Pershing-II-Atomraketen wollen. Denn ein Atomkrieg zerstört alles, die Umwelt und die Menschen. Aber mittlerweile ist das für mich im Prinzip ein Klassenstandpunkt geworden. (...) Wir haben das zum Beispiel auch 1991 gesagt, als der Zweite Golfkrieg stattfand oder dann beim Krieg in Jugoslawien oder – noch gar nicht so lange her – auch beim Krieg gegen Afghanistan und allen anderen Kriegen, dass die Menschen dort nicht unsere Feinde sind.



Antimilitarismus

Antimilitarismus ist die grundlegende Ablehnung der Logik des Krieges. Dabei wird bewusst nicht nur der Krieg an sich, sondern auch die Kultur und Politik, die ihn vorbereiten sollen, abgelehnt. Das Ziel des Antimilitarismus ist es, zu verhindern, dass militärische Strukturen mit ihrem Fokus auf unbedingtem Gehorsam, Disziplin und den Befehlsstrukturen im Alltag Einzug halten. Diese zerstören soziale Werte in der Gesellschaft und machen den Krieg mit seiner Gewalt zur Normalität. So wird eine ganze Gesellschaft auf den Krieg eingeschworen und für ihn nutzbar gemacht.

Im Gegensatz zum Pazifismus lehnt der Antimilitarismus Gewalt als Mittel zur Selbstverteidigung auf der Grundlage demokratischer und sozialistischer Prinzipien nicht komplett ab. Das kommt aus der Perspektive heraus, dass auf eigene Gewalt zu verzichten, bedeuten kann, der organisierten Gewalt des herrschenden Systems freien Lauf zu lassen und sich ihr unterzuordnen.

Aus diesem Grund stellen wir uns auf der Straße, in Schulen und auf Arbeit der Aufrüstung entgegen, aber eben auch gegen die Militarisierung unseres Alltags.

In dieser Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und den verschiedenen Blöcken gilt, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht. Die Arbeiter:innenklasse hat kein Vaterland, wir kämpfen nicht für die NATO oder die Bundeswehr.

Du hast es ja gerade schon etwas angeschnitten, wie bewertest Du denn die heutige Lage?

Ich finde es ziemlich gefährlich. Auf der einen Seite beobachten wir das Erstarken rechter Bewegungen und autoritärer Regime und auf der anderen Seite eine totale Krise des Liberalismus. Aber auch die linke Bewegung hat in vielen Ländern mit einer Krise zu kämpfen.

Die Frage, wie man mit Kriegen umgeht, ob man sie unterstützt oder nicht, halte ich für sehr wichtig und da ist die gesellschaftliche Linke in Deutschland einfach schlecht aufgestellt. (...) Viele empfinden die Lage als sehr komplex, doch ich denke, im Kern ist es ganz einfach: Wir hier unten und die da oben. In Deutschland erleben wir heute eine massive Rückkehr zum Militarismus. Wir haben uns zu DDR-Zeiten gegen diese Militarisierung gewehrt und jetzt soll Deutschland wieder „kriegstüchtig“ gemacht werden? An dieser Entwicklung trägt auch Rot-Grün eine ganz große Verantwortung. (...)

Heute ist es nicht mehr so wie im Kalten Krieg, dass es einen klaren Ostblock und einen klaren Westblock gibt (nicht dass ich mir die Zeit zurückwünschte). Heute gibt es verschiedene Blöcke und verschiedene Mächte, die für ihre geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen kämpfen, ob es nun Russland, die USA oder die EU, China, Indien oder Deutschland ist. Ich finde das ziemlich gefährlich, auch wenn wir nach Palästina blicken. Israel wird praktisch nur gesagt, dass es sein Abschlachten doch bitte mal netter und nicht so brutal machen soll. Hier kommt der Friedensbewegung und auch der Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle zu, sich klar gegen den Genozid zu positionieren. Aber was sehen wir auf Demonstrationen? Sie werden diffamiert oder gar niedergeschlagen, weil sie Palästina-solidarisch sind. Wenn man nicht genau hinschaut, könnte man übersehen, dass es auch in der Bevölkerung eine breite Stimmung gegen die israelische Politik gibt. (...) Weltweit gibt es

eine ablehnende Haltung, aber dies hat noch keine praktischen Auswirkungen, jedenfalls nicht in der Form, wie sie es sollte. Deshalb hat die Arbeiter:innenklasse hier eine zentrale Rolle. Es braucht die Blockade von Waffenlieferungen und Streiks gegen die Kriegspolitik. Das muss organisiert werden. Für mich zieht sich das durch: Es ist immer eine Frage von Organisation.

Und die ganze Friedensbewegung ist zerstritten über die Frage von Russland. Als der Krieg von Russland gegen die Ukraine 2022 anging, gab Scholz innerhalb von drei Tagen das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro frei. Das wird gern als schnelle Entscheidung zur Unterstützung der Ukraine dargestellt. **Doch wir müssen sehen, dass das Teil einer Entwicklung ist, die bereits kurz nach der Wende ihren Anfang genommen hat.** Im Weißbuch der Bundeswehr 1994 wurde damals veröffentlicht, was Deutschlands langfristige Pläne sind (mehr dazu im Infokasten rechts). Die Auslandseinsätze der letzten Jahre und die massive Aufrüstung heute sind Teil dieser langfristigen Strategie. Lange Jahre war Deutschland ein ökonomischer Riese, aber ein politischer Zwerg im geopolitischen Sinn. Doch der deutsche Staat wollte nicht nur ökonomischer Riese, sondern auch politischer Riese werden.



Das Weißbuch der Bundeswehr

Das Weißbuch der Bundeswehr war ein in unregelmäßigen Abständen erscheinendes Grundlagendokument des deutschen Kriegsministeriums sowie der deutschen Bundesregierung, das in enger Zusammenarbeit mit der NATO und der EU erstellt wurde. Es stellte ihre Analyse der „sicherheitspolitischen“ Lage in Deutschland dar und zeigte auf, wer die Verbündeten im deutschen Streben nach Macht sein können. Besonders für die geopolitische Ausrichtung und die Bundeswehr sollte das Weißbuch als Leitfaden dienen. Seit 2023 ist die „deutsche Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung“ das oberste Grundlagendokument für Fragen der „Sicherheit“ und „Verteidigung“.

Ein besonderen Platz nimmt das Weißbuch von 1994 ein, denn dieses läutete einen Wendepunkt der deutschen Kriegspolitik ein. So sollte die Hauptaufgabe der Bundeswehr nicht mehr nur die Landesverteidigung sein, sondern zum ersten Mal auch bewaffnete Auslandseinsätze unter Führung der NATO. Zentral für diesen Wendepunkt war die Rolle der NATO, da sie die Beteiligung Deutschlands an solchen internationalen Einsätzen von der Bundesregierung einforderte. Mit den folgenden Weißbüchern wurden diese Bestrebungen konkretisiert und ausgeweitet.

Denn es nützt dir nichts, wenn du deine Interessen und den Zugang zu den weltweiten Märkten nicht durch militärische Stärke sichern kannst, so wie es die USA immer gemacht haben. (...) Seit 35 Jahren ist es also das Ziel, die grundsätzliche antimilitaristische Stimmung, die in Deutschland seit dem Ende des 2. Weltkriegs geherrscht hat, zu kippen und im Ausland einsatzfähig zu sein, um die sogenannten deutschen Interessen weltweit vertreten zu können. (...)

Das ist gruselig, aber vorhersehbar. Denn wir leben in einer kapitalistischen Welt, in der eben nicht nach Bedürfnissen produziert und gelebt wird, sondern nach Profiten – und das müssen wir ändern.

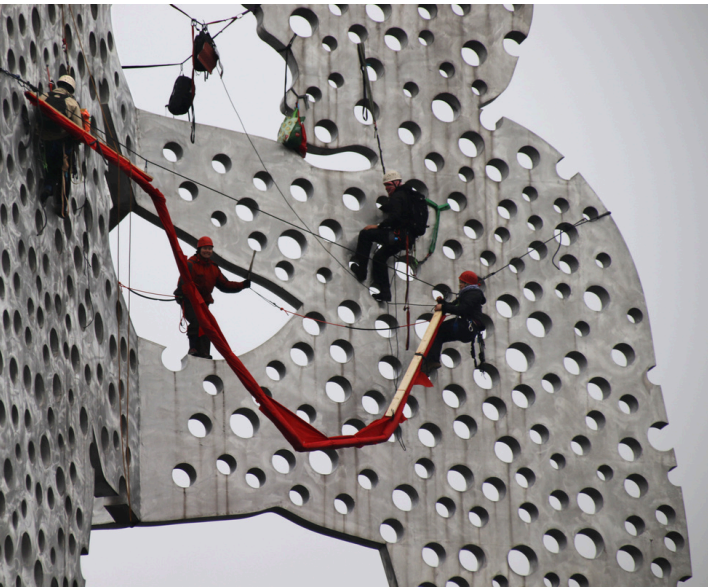
Was würdest Du uns denn mit auf den Weg geben? Was wäre Dein Appell an die Jugend, oder die jungen Erwachsenen, die das vorantreiben könnten?

Das ist eine große Frage. Als Erstes, sich organisieren! und man darf sich nicht unterkriegen lassen, muss zu seinen Haltungen stehen, auch wenn sie nicht dem politischen Mainstream entsprechen. Für mich war und ist es wichtig, dass man der Person im Spiegel nicht mit Hass entgegeblickt muss, weil man vielleicht gegen die eigenen Prinzipien verstoßen hat. Das ist zwar manchmal schwer und kann auch persönliche Konsequenzen haben. **Ich glaube, dass wir uns an einem Scheidepunkt befinden. Wir können es uns nicht mehr erlauben, nächstes oder übernächstes Jahr vielleicht etwas zu machen, sondern müssen jetzt aktiv werden.** (...)

Danke Dir für das Gespräch!



Rheinmetall Entwaffnen ist im Sommer 2025 mit Camp, Programm, Aktionen und Demo in Kiel



Besetzung des Molecule Man durch die Demokratische Jugend am 14. November 2024



Widerstand gegen



1913

Die Sozialistin Rosa Luxemburg (Foto, rechts) ruft im September 1913 Hundert tausenden in Frankfurt am Main zur Kriegsdienst- und Befehlsverweigerung auf. Daraufhin wird sie zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs stimmt die SPD für die Kriegsfinanzierung durch Kredite und macht damit die Mobilmachung der deutschen Truppen möglich. Luxemburg initiiert daraufhin die „Gruppe Internationale“, um sich gegen den Krieg zu organisieren.

1914

Um weitere SPD-Mitglieder von der Zustimmung zum Kriegskurs abzubringen, versendet die „Gruppe Internationale“ 300 Telegramme. Clara Zetkin (Foto oben, links) ist die einzige, die sofort und bedingungslos reagiert. Unter den Mitgliedern der Gruppe ist auch Karl Liebknecht. Als im Dezember über die Verlängerung der Kriegskredite abgestimmt wird, widersetzt er sich dem Druck seiner Partei und stimmt als erster und zunächst einziger gegen die Kriegskredite. Aus der „Gruppe Internationale“ gründet sich später der Spartakusbund.



Krieg von 1900 . . .



1918

Ende Oktober, als sich der Erste Weltkrieg schon als verloren abzeichnet, soll die deutsche Marine doch noch Richtung England auslaufen. Hunderte Matrosen verweigern die Befehle ihrer Kommandanten und begehen Sabotage. Die Meuterei springt auf weitere Häfen über und so kommt es einige Tage später auch in Kiel zu einem Matrosenaufstand, an dem sich Tausende beteiligen. Dieser Aufstand gilt als Auslöser der Novemberrevolution.



1920

Zum Ende des Ersten Weltkriegs und dem Beginn der Weimarer Republik geht aus der kriegsmüden Gesellschaft eine anwachsende Anti-Kriegsbewegung hervor. Hunderttausende gehen unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ auf die Straßen Berlins. Währenddessen kämpft die Rote Ruhrarmee, vorwiegend kriegs- und fronterfahrene Arbeiter, gegen den von nationalistischen Reichwehrsoldaten und Freikorps versuchten Kapp-Lüttwitz-Putsch und verhindern die Errichtung einer Militärdiktatur.



1952

Tausende Jugendliche reisen am 11. Mai nach Essen, um als Teil einer Friedenskarawane gegen die Wiederaufrüstung der jungen BRD und ihren Beitritt in die NATO zu protestieren – trotz Verbot und Repressionen. Die Polizei eskaliert die Situation, ein Kommissar erteilt den Schießbefehl auf die Demonstrierenden. Der 21-jährige Philipp Müller, ein junger Kommunist aus München, wird von zwei Kugeln eines Polizisten tödlich getroffen.

• Zeit der weltweiten Jugendbewegung gegen Krieg und Faschismus und der Nationalen Befreiungskämpfe

1968

Neun katholische Anti-Kriegs-Aktivist:innen dringen am 17. Mai in das Rekrutierungsbüro in Cantonsville, USA ein. Sie entwenden 378 Musterungsakten, die sie anschließend auf dem Parkplatz verbrennen. Es waren die Musterungsakten junger Männer, die für den uneingeschränkten Militärdienst eingestuft wurden und damit zu hoher Wahrscheinlichkeit zum Kriegseinsatz in Vietnam eingezogen worden wären. Ihre Aktion wurde zur Inspiration für zahlreiche weitere Anti-Musterungs-Aktionen in den USA.





1972

Im Rahmen der sog. Mai-Offensive verübt die Rote Armee Fraktion Anschläge auf das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt am Main sowie das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa in Heidelberg. In letzterem befand sich das Rechenzentrum, in dem der Nachschub für die US-Bombardierung beider Teile Vietnams berechnet wurde. Beide Anschläge richteten sich gegen den Vietnamkrieg, der in den Wochen zuvor extreme Ausmaße angenommen hatte. Es soll gezeigt werden, dass Westdeutschland kein „sicheres Hinterland“ mehr für die Massaker der USA in Vietnam sein wird.

bundesweite Bewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, der u.a. die Stationierung atombewaffneter US-Mittelstreckenraketen und -Marschflugkörper in Deutschland plant

1980

Über 10.000 Menschen fahren am 6. Mai nach Bremen und nehmen an einer Demonstration gegen das erste öffentliche Rekrutengelöbnis der Bundeswehr im Bremer Weserstadion teil. Hunderte von ihnen beteiligen sich entschlossen an militanten Aktionen, um das Gelöbnis effektiv zu stören. Aufgrund dieses Protests fand in den zehn Jahren danach in der ganzen BRD keine Vereidigung der Bundeswehr öffentlich statt.



1981

Um gegen die geplante Stationierung atombewaffneter US-Marschflugkörper auf den Royal Air Force Stützpunkten Greenham Common (GC) zu protestieren, zieht eine walisische Frauengruppe unter dem Motto „Women for Life on Earth“ auf einen Marsch nach GC. Sie wollen ein Gespräch mit den dortigen Kommandanten über die geplante Stationierung erreichen. Als das nicht zustande kommt, beschließen die Frauen, zu bleiben. Es ist der Beginn mehrerer Frauen-Frieden-Camps und zahlreicher Blockadeaktionen rund um das GC. Auch wenn die Stationierung nicht verhindert werden kann, sollen die Proteste dennoch entscheidend für einen Vertragsbeschluss von 1987 werden, der 1988 zur Entfernung der Atomwaffen führen wird.



• Sprengstoffanschlag der Frauen-Stadtguerilla „Rote Zora“ auf die Fr. Lürssen Werft in Bremen, um deren Rüstungslieferungen in die Türkei zu sabotieren und so den kurdischen Befreiungskampf zu unterstützen, Juli 1995



1996

Die Frauengruppe „Seeds of Hope – East Timor Ploughshares – Women Disarming for Life and Justice“ dringt am 29. Januar in das Gelände des britischen Militärflughafens Warton, UK ein und rüstet erfolgreich ein Kampfflugzeug ab. Das sabotierte Kampfflugzeug konnte so nicht mehr, wie geplant, nach Indonesien exportiert werden. Dort wäre es zur Bekämpfung des Widerstands gegen die völkerrechtswidrige Besetzung Ost-Timors durch Indonesien und zur Fortführung des Völkermords an der dortigen Bevölkerung eingesetzt worden. Die Frauen werden freigesprochen, da ihre Aktion nach dem „Genocide Act“ von 1969 als angemessen eingestuft wird.



2018

Unter dem Motto „Krieg beginnt hier – Rheinmetall entwaffnen“ findet rum um den 01. September ein antimilitaristisches Protestcamp sowie Aktionstage am Rheinmetallstandort in Unterlüß statt. Es richtet sich konkret gegen Rheinmetall, der als einer der großen Rüstungskonzerne an fast allen Kriegsschauplätzen der Welt mitwirkt. Ein Schwerpunkt ist auch der völkerrechtswidrige Krieg der Türkei gegen die selbstverwalteten Gebiete im kurdischen Afrin, Nordsyrien.

2019

Am 20. Mai folgen Hafenarbeiter:innen in Genua dem Aufruf der autonomen Basisgewerkschaft CALP und gehen in einen Streik, um Waffenlieferungen an das saudi-arabische Militär im Zuge des Krieges im Jemen zu verhindern. Sie blockieren nicht nur erfolgreich die Waffenlieferung, sondern erreichen zudem ein Verbot für das Verschiffen von Rüstungsgütern an Kriegsparteien für den Zentralhafen. Es soll nicht der letzte Streik der Hafenarbeiter:innen bleiben. So werden sie bspw. 2023 und 2025 Waffenlieferungen an Israel blockieren.



... bis heute

2021

Vier Aktivist:innen von Palestine Action besetzen am 19. Mai das Dach einer Fabrik für Drohnenteile in Leicester. Die Fabrik gehört einer Tochterfirma von Elbit Systems, dem größten privaten Rüstungskonzern Israels, der etwa 80% der Drohnen des israelischen Militärs herstellt. Die Besetzung, die sechs Tage lang steht, soll eine Antwort auf die andauernden Angriffe Israels auf die palästinensische Bevölkerung sein.



2024

Jugendliche von YUNA - Demokratische Jugend besetzen am 14. November den Molecule Man in Berlin mit einem Banner der Aufschrift „3. Weltkrieg stoppen – keine Mittelstreckenraketen in Deutschland – keine Eurofighter in Kurdistan“. Ihr Protest richtet sich gegen die Kriegsvorbereitungen und den Konfrontationskurs der deutschen Bundesregierung sowie deutsche Waffenlieferungen.

- Aktionen gegen den 2024 beschlossenen „Nationalen Veteranentag“ am 15. Juni in ganz Deutschland



2025

Die antimilitaristische Aktionsgruppe „NO PEACE. NO CLIMATE JUSTICE“ blockiert am 21. Juni das Ausstellungsschiff „Bayern“ der Bundeswehr auf der Kieler Woche zu Wasser sowie Zugänge zum Marinestützpunkt zu Land mit Kletteraktionen. Die Aktion kritisiert die weltweit zunehmende Militarisierung, die deutsche Rüstungsindustrie sowie die Bundeswehr. Sie fordert stattdessen Lösungen für eine klimagerechte Zukunft in Frieden. Zuvor nahm die „Bayern“ an dem jährlichen NATO-Marinemanöver BALTOPS auf der Ostsee teil.

Mach, was wirklich zählt!

„NEIN! Wir wollen uns niemals an den Anblick von Gewehren gewöhnen!“ *

45 Jahre Widerstand gegen das Rekrutengelöbnis im Bremer Westerstadion

Es sollte die größte öffentliche militärische Zeremonie seit Ende des Zweiten Weltkriegs werden. 1200 junge Soldaten sollten am 6. Mai 1980 im Bremer Westerstadion vereidigt werden. Mit diesem Spektakel sollte zudem das 25-jährige Jubiläum des Beitritts der BRD zur NATO gefeiert werden.

Doch stattdessen wurde es zu einem Tag, der in linker Bewegungsgeschichte seither als „Geburtsstunde der Autonomen“ gilt und einen entscheidenden Sieg für die Anti-Kriegsbewegung darstellt. Zehntausend junge Menschen gingen am 6. Mai 1980 auf die Straße, um ihren Unmut über das militärische Spektakel auszudrücken. Bis in die frühen Abendstunden randalierten sie im Bereich rund um das Westerstadion: Leere Bundeswehrkleinbusse verglühten auf dem Bremer Osterdeich, alle Zufahrtstraßen zum Westerstadion wurden blockiert. Im Laufe der Auseinandersetzungen wurden zwei Tore des Stadions aufgebrochen, die Redner mussten mit Helikopter eingeflogen werden, ihre Reden wurden von den Parolen der Demonstrierenden und dem Lärm der Proteste zeitweise übertönt. Die Rauchschwaden der brennenden Bundeswehrbusse färbten den Himmel über dem Stadion dunkelgrau.

Mit so einer Reaktion hatte niemand gerechnet. Es war das erste mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, dass ein Rekrutengelöbnis öffentlich zelebriert wurde. Das Ziel der öffentlichen Inszenierung dieser Zeremonie war die Bundeswehr zu normalisieren und für die gesellschaftliche

* aus einem Flugblatt der „Initiative gegen öffentliche Rekrutenvereidigung am 6. Mai“, 1980



Akzeptanz der geplanten Aufrüstung zu sorgen. Dies misslang jedoch gründlich. Nachdem diese und weitere Vereidigungen nicht ungestört durchgeführt werden konnten, setzte die Bundeswehr diese Praxis für über 10 Jahre aus. Erst seit den 1990er Jahren werden Vereidigungen wieder öffentlich abgehalten.

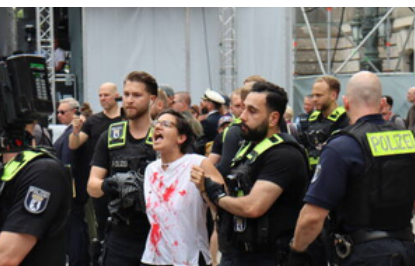
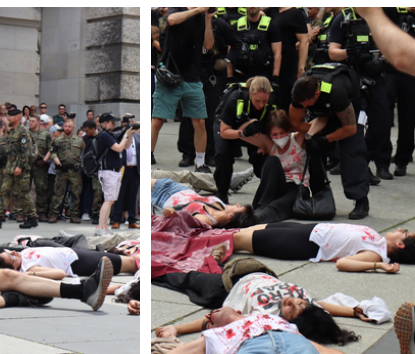
Dieser Tag war nur einer der Funken dieses Lauffeuers, das die damals riesige Friedensbewegung und die bundesweiten Proteste gegen die Bundeswehr und die Aufrüstung des Kalten Krieges waren. Anfang der 1980er Jahre kam es regelmäßig zu Demonstrationen, bei denen Hunderttausende Menschen auf die Straßen gingen. Sie demonstrierten gegen neue Nuklearwaffen und die Stationierungen von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. Anlässlich eines Staatsbesuches des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan kamen 1982 eine halbe Million Menschen auf den Bonner Rheinwiesen zusammen. Auch die Ostermärsche mobilisierten Anfang der 1980er Jahre regelmäßig Hunderttausende in zahlreichen Städten und Regionen Westdeutschlands.

So wie 1980 erleben wir auch heute, 45 Jahre später, den Versuch, die Bundeswehr alltäglich werden zu lassen. Das wurde insbesondere 2024 deutlich, als die damalige Bundesregierung den „Nationalen Veteranentag“ beschloss. Überall in der Bundesrepublik sollen nun jedes Jahr am 15. Juni Paraden und familienfreundliche Feste stattfinden und der Verherrlichung von Militär und Kriegseinsätzen einen gesellschaftlichen Ausdruck verleihen. Auch wenn der Protest am Weserstadion nun 45 Jahre her ist, so ist seine Bedeutung dennoch aktuell. Deswegen halten wir die Erinnerung an ihn aufrecht und vergessen nicht, dass wir in den Fußstapfen Hunderttausender gehen, die sich gegen Krieg und für Frieden stark machten.

Ob damals oder heute: Nein zu Kriegsverherrlichung und Soldatenkult!



Handfeste Proteste gegen das Rekrutengelöbnis in Bremen am 6. Mai 1980.



Künstlerische Störaktionen beim den Veteranentag in Berlin am 15. Juni 2025.

Frieden ist die einzige Option

Warum wir nicht nur Kriege verhindern, sondern auch Frieden erkämpfen wollen

Krieg und Frieden gehören zusammen. Das ist irgendwie logisch. Denn der Grund dafür, dass Frieden als Begriff überhaupt definiert werden muss, ist Krieg. Dadurch sind Krieg und Frieden unweigerlich miteinander verbunden. Dabei sind sie so gegensätzlich wie Feuer und Wasser. Was Krieg ist, kann nicht Frieden sein und was Frieden ist, kann nicht Krieg sein. Dennoch erleben wir, wie die Grenze zwischen Krieg und Frieden immer mehr verschwimmt.

So werden Kriege angeblich zur Sicherung des Friedens geführt. Militäroperationen tragen Namen wie „Friedensquelle“, als wäre es das Normalste auf der Welt. Der Reservistenverband der Bundeswehr wirbt für sich als „die stärkste Friedensbewegung Deutschlands“ und auch der aktuelle Kriegsminister Boris Pistorius spricht von der Bundeswehr als der „Garant für Frieden und Sicherheit“ in Deutschland und Europa. Wer sich allerdings öffentlich gegen Wehrpflicht und Aufrüstung ausspricht und politische Friedenslösungen statt Waffenlieferungen fordert, wird im vorherrschenden Diskurs als egoistisch, als Putin-Versteher oder gar Verräter von „Freiheit“ und „Demokratie“ bezeichnet. Und wer sich entschließt, gegen Kriege wie die im Nahen und Mittleren Osten zu demonstrieren, den trifft die Staatsgewalt mit voller Härte.

Was als Frieden bezeichnet wird bzw. werden kann und was nicht, ist nicht mehr klar – und das ist Absicht. Es ist im Interesse all derer, die von den Kriegen auf dieser Welt profitieren, dass die Grenze zwischen Krieg und Frieden als fließend erscheint und wir nicht mehr in der Lage dazu sind, zwischen beidem zu unterscheiden. Wie sollen wir schon effektiv Widerstand leisten, wenn wir uns nicht sicher sind, wofür bzw. wogegen wir sind und was unser Ziel ist? Wir müssen also nicht nur Klarheit darüber haben, was Kriege sind (mehr dazu auf Seite 1), sondern auch, was Frieden ist.

Was ist also Frieden? Ist es Frieden, wenn große Teile der Gesellschaft am Existenzminimum leben müssen, weil Gelder für Soziales, Bildung und Gesundheit am laufenden Band gekürzt werden, während Milliarden in Militär und Aufrüstung gesteckt werden? Ist es Frieden, wenn junge Menschen zum Dienst an der Waffe und zur Ermordung Gleichgesinnter verpflichtet werden? Wenn für den Frieden in Deutschland die Heimat und das Leben anderer zerstört werden? Wenn Frieden als Argument zur Legitimierung von Vertreibung, Massakern und Völkermord herangezogen wird – ist das dann wirklich Frieden?



Der Frieden des Imperialismus ist eine Falle

Der gängigen Definition nach wird Frieden als ein Zustand der Abwesenheit von Krieg und gewaltvollen Konflikten bezeichnet. Dieser Frieden besteht als rechtlich und vertraglich geregelte Beziehung zwischen den Kriegsparteien. Eigene Interessen können weiter durchgesetzt werden, solange keine Waffen- oder andere militärische Gewalt gegen die andere/n Partei/en eingesetzt wird. Demnach könnte auch ein einfacher Waffenstillstand als Frieden bezeichnet werden. Auch ein Frieden, der nur durch die abschreckende Überlegenheit einer Partei gesichert ist, zum Beispiel durch den Besitz einer Atombombe, würde nach dieser Definition als Frieden gelten.

Ein solcher Frieden wäre einer, der auf militärischer Macht und der Logik des Krieges basiert. Es wäre ein Frieden, in dem von den ehemaligen Kriegsparteien nach der gleichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht wie in Kriegszeiten gestrebt wird – nur eben ohne Einsatz von Waffen. Ein solcher Frieden trägt den nächsten Krieg schon in sich. Es sind zwei Seiten der gleichen Münze.

Doch Krieg ist komplex und ist in den letzten Jahrzehnten immer komplexer geworden. Kriege finden heute nicht mehr nur auf Schlachtfeldern und in Schützengräben statt, sondern auch auf Handels- und Wirtschaftsebene, im Internet und sogar in der Sphäre der menschlichen Psychologie.

Die Frage, ob zwei Parteien, die ähnlich wie im Kalten Krieg nicht in direkter militärischer Auseinandersetzung zueinander stehen, ihren Konflikt aber über Stellvertreterkriege, Wettrüsten und wirtschaftliche Embargos auf Kosten der Zivilbevölkerung zahlreicher Länder austragen, im Krieg oder im Frieden zueinander stehen, zeigt gut, wie sehr diese Friedensdefinition hakt.

Frieden lediglich als die Abwesenheit von Krieg und militärischer Gewalt zu bezeichnen, kann also nicht die Antwort sein. **Was uns mit dieser Definition als Frieden verkauft wird, ist letztendlich nicht mehr als die verdeckte Fortführung von Politik und wirtschaftlicher Ausbeutung auf der Grundlage der Logik des Krieges.** Und diese Logik ist die des imperialistischen Kapitalismus und des Patriarchats. Sie drückt sich in der erzwungenen Durchsetzung von Macht und Eigeninteressen und der Anhäufung von Kapital in den Reihen der Reichen und Mächtigen aus. Es dient dem gewaltsamen Ausdehnen der eigenen Herrschaft von Nationalstaaten und monopolistischen Großkonzernen – und wird durch direkte und indirekte Ausbeutung der Zivilbevölkerung, vor allem der der kolonisierten Regionen des Globalen Südens, ermöglicht.

Diese Logik des Krieges werden wir niemals annehmen. Denn sie widerspricht unserem Wunsch nach einem Leben in Würde und Freiheit, ohne Ausbeutung, Vertreibung und Mord. Deswegen ist ganz klar, dass Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg sein muss und wir einen solchen als Frieden verkauften Zustand nicht akzeptieren können.

Dennoch sollten wir einen solchen „falschen“ Frieden nicht gänzlich ablehnen. Unser Kampf für Frieden darf nicht bedeuten, dass wir jegliche Vorstufe eines „echten“ Friedens unterschätzen oder abwerten. Denn jede Vorstufe des Friedens, jede Waffenruhe, jede nicht abgeschossene Rakete und jede nicht gezündete Bombe ist lebenswichtig. Auch wenn strukturelle Gewalt und Unterdrückung weiter vorherrschen und die psychologische Kriegsführung weiter in unseren Köpfen tobt, wird ein „falscher“ Frieden trotz dessen reale Folgen für Menschen und Natur haben.

Er kann ein Moment des Aufatmens und des Kräfteschöpfens sein. Womöglich kann er sogar ein Moment der Hoffnung sein, der dem Kampf zum Aufbau eines wahrhaftigen Friedens und der Organisation anti-

militaristischen Widerstands neue Stärke verschaffen kann. Phasen des Friedens, auch wenn dieser nicht auf allen Ebenen herrscht und nicht komplett unseren Prinzipien entspricht, sollten wir nicht unterschätzen. Ein Ende unseres Kampfes für wahrhaftigen, gerechten Frieden wird ein „unechter“ Frieden aber nicht bedeuten.

Die Logik des Friedens beruht auf dem Sozialismus

Für uns steht fest: Frieden muss nicht nur eine Antwort auf den klassischen Krieg sein, sondern auf jegliche strukturelle Gewalt, die von den Herrschenden gegen Mensch und Natur eingesetzt wird. Diese Gewalt, die tagtäglich Menschen unter das Joch der kapitalistischen Ausbeutung zwingt, die tagtäglich zur Vergewaltigung und Ermordung von Mädchen und Frauen führt, die tagtäglich Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer Religion inhaftiert, abschiebt, verfolgt oder massakriert. Frieden muss eine Antwort sein, die das ideologische Fundament, das diese Gewalt und ihre Kriege überhaupt erst möglich macht, zum Stürzen bringt.

Frieden muss nicht nur eine Antwort auf den klassischen Krieg sein, sondern auf jegliche strukturelle Gewalt, die von den Herrschenden gegen Mensch und Natur eingesetzt wird.

Frieden soll bedeuten, dass wir frei und in Würde leben können. Dass es keine Schere zwischen Arm und Reich und auch sonst kein sozialwirtschaftliches Ungleichgewicht mehr gibt. Dass keine:r von uns mit der Sorge leben muss, kein Dach über dem Kopf oder nicht genug Essen und Trinken zu haben. Dass wir freie politische Entscheidungen treffen können und unser Zusammenleben als Gesellschaft selbst bestimmen können. Dass die verschiedenen Völker und Gesellschaften dieser Erde friedlich und solidarisch zusammenleben können. Dass wir in unseren Unterschiedlichkeiten eine Schönheit finden können und trotzdem gleichwertig sind.

Diese Prinzipien nennen wir auch sozialistisch. Auf der Grundlage dieser kann eine Gesellschaftsordnung geschaffen werden, die sich nicht durch



Demonstration für Frieden der Friedensgemeinschaft Jena am 14. November 1982.

Unterdrückung, Ausbeutung und Kriege sichert, sondern durch die Idee der gesellschaftlichen Selbstverteidigung.

Dabei wird Selbstverteidigung nicht nur als etwas Physisches oder Militärisches verstanden. Selbstverteidigung soll heißen, dass eine Gesellschaft in der Lage ist, sich gegen Machtbestrebungen und Einfluss von Nationalstaaten, multinationalen Großkonzernen oder anderen Kriegsparteien zu schützen. Also dass garantiert ist, dass eine Gesellschaft ein freies und gerechtes Leben selbstbestimmt und nach ihren eigenen Prinzipien ermöglichen kann.

Diese Idee der gesellschaftlichen Selbstverteidigung ist also die demokratische Selbstorganisation der Gesellschaft. Denn uns selbst zu organisieren bedeutet, uns vom System des Staates, des Kapitalismus und der Kriege unabhängig zu machen. **Wir müssen also beginnen zu verstehen, dass wir nicht nur Opfer, sondern selbst Partei in ihren Kriegen sind.** Noch funktionieren wir mitunter als Spielball in ihren Kriegen. Doch je mehr wir uns aus ihrem Griff lösen, desto eher können wir einen eigenen Willen entwickeln und zu einem Gegenspieler werden. Deswegen begreifen wir die Selbstorganisation der Gesellschaft auf der Basis sozialistischer Prinzipien als einen Wegbereiter zum Frieden, der sich zu einem Bollwerk gegen das System der Kriege entwickeln kann.

Diese Selbstorganisation kann vom Aufbau und der Stärkung einer staatlich unabhängigen und nach der Idee der Basisdemokratie selbstverwalteten Institution, wie bspw. einem Nachbarschaftszentrum, bis zu einem auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens selbstverwalteten Dorf und darüber hinaus reichen. Genau so kann es auch sicherheitspolitische Aspekte umfassen und schließt den Einsatz von Waffen auf Grundlage der Prinzipien der gesellschaftlichen Selbstverteidigung nicht aus.

Da wir das System der Kriege als ein weltumspannendes analysieren, bedeutet das auch, unseren Kampf für Frieden nicht abgetrennt von den Kämpfen anderer demokratischer und nach Gerechtigkeit strebender Menschen und Völker zu begreifen. **Denn der Kampf für Frieden in Kurdistan, in Palästina oder dem Sudan ist jeweils auch Teil des Kampfes für Frieden an jedem anderen Ort der Erde.** Praktisch bedeutet das, sowohl gegenseitig von Erfahrungen und Perspektiven zu lernen, als auch mit Öffentlichkeitsarbeit, materieller Hilfe oder Aktionen gegen internationale Kriegsakteure hier in Deutschland zu unterstützen.

Die Garantie für Frieden ist die Gesellschaft

Krieg ist nichts Natürliches. Es hat nicht schon immer Kriege gegeben und auch das Fortbestehen von Kriegen ist nicht in Stein gemeißelt. Das heißt aber nicht, dass wir uns naiv auf eine Garantie zum weltweiten und ewigen Frieden verlassen sollten. Es ist nicht im Interesse der Herrschenden, langfristig für Frieden zu sorgen, ihre Kriege zu beenden und ihr „Spiel“ um Macht und Vorherrschaft aufzugeben.

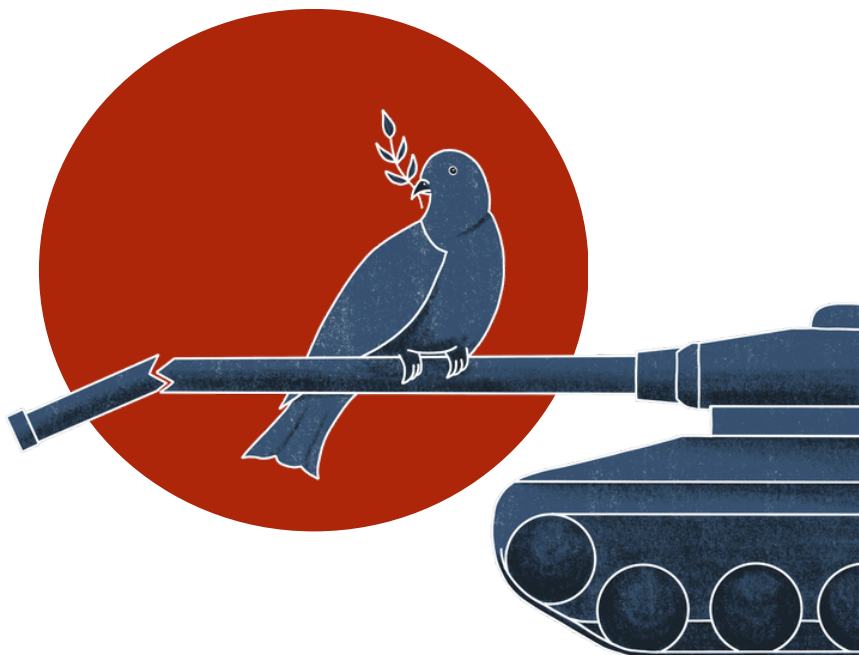
Da ein gerechter Frieden im Widerspruch zu dem nationalstaatlichen und kapitalistisch-imperialistischen System, in dem wir leben, steht, können die Herrschenden grundsätzlich nicht die Garantie für Frieden sein – das können nur wir. Wir, die Gesellschaft und allen voran die Jugend, müssen es sein, die den Frieden erkämpfen – nach unseren eigenen Prinzipien, niemals denen der Herrschenden. **Unser Kampf wird ein kämpferischer sein, aber nie ein kriegerischer.**

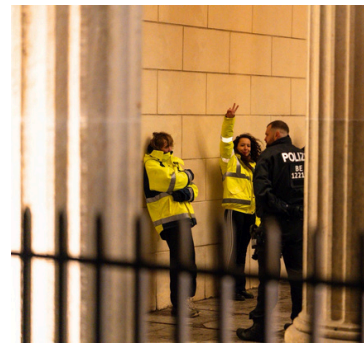
Auch wenn es uns gerade schwer fallen mag, uns eine Welt im Frieden vorzustellen, so darf es dennoch nicht dazu kommen, dass wir die Perspektive auf Frieden verlieren. Unser Kampf fängt in dem Moment an, in dem wir davon überzeugt sind, dass wir den Frieden erkämpfen werden. Denn allein dieser Gedanke ist schon ein Schlag gegen die Propaganda der Herrschenden, die Versprechen von notwendigen Kriegen und falschem Frieden macht und Widerstand im Keim zu unterdrücken versucht. Diese Überzeugung gilt es, in Praxis zu verwandeln.

Wir werden auf ihre Kriegspropaganda nicht länger reinfallen. Wir werden verhindern, dass Deutschland 2029 in den Krieg eintritt. Wir werden Frieden erkämpfen – wenn auch zunächst in Teilen. Darauf beharren wir und dafür werden wir sorgen. Denn das ist die einzige Option.

Es ist an der Zeit, diesen Krieg zu verhindern.

Es ist an der Zeit, Frieden zu erkämpfen.





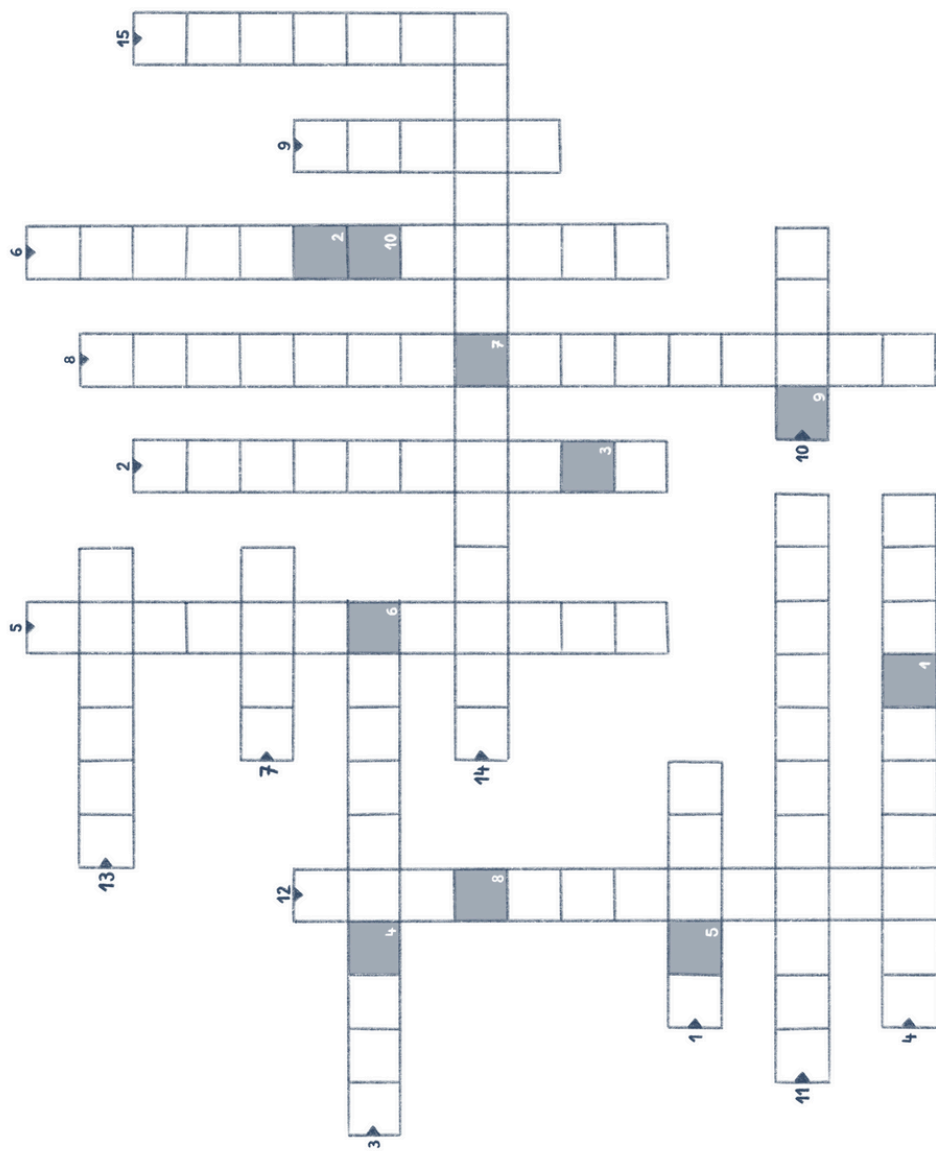
Riseup4Rojava besetzt das Brandenburger Tor für Frieden und Demokratie in Syrien während des Putsches der HTS sowie der türkischen Angriffe auf die Selbstverwaltung in Nord-Ost-Syrien (Rojava) im Dezember 2024.



Kreuzworträtsel

- 1** Hat es nicht schon immer gegeben
- 2** Mittel der Manipulation, das bei der psychologischen Kriegsführung eingesetzt wird
- 3** Ort, an dem das erste „Rheinmetall entwaffnen“-Camp stattfand
- 4** Laut Kriegsminister Pistorius der „Garant für Frieden und Sicherheit“ in Deutschland und Europa
- 5** Kein Nationalstaat und kein multinationaler Konzern, nur sie kann die Garantie für Frieden sein
- 6** Womit die westliche Staatengemeinschaft die NATO begründet
- 7** Rief zur Blockade von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien und Israel auf (Abkürzung)
- 8** Ist kein Frieden
- 9** Hier werden Schüler und Schülerinnen ab der 8. Klasse im Schießen unterrichtet
- 10** 1952 protestierten Jugendliche in Essen gegen die Wiederbewaffnung der BRD sowie ihren Eintritt in die . . .
- 11** Wenn Jugendliche zum Dienst an der Waffe, zum Ermorden Gleichgesinnter und zum Sterben als Kanonenfutter gezwungen werden
- 12** Nach der Wende war entscheidend, dass man sich offen . . . konnte
- 13** Ort, an dem sich 1980 gegen das erste öffentliche Rekrutengelöbnis der Bundeswehr zur Wehr gesetzt wurde
- 14** Die Bundeswehr will ein „Mindset der . . .“ schaffen
- 15** Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine . . . !





1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Die Lösung findest du auf Seite 65.

Über **YUNA - Demokratische Jugend** und warum wir uns organisieren

Wenn wir darüber nachdenken, was in den letzten Jahren passiert ist, bekommt man schnell das Gefühl, dass wir von einer Krise in die nächste schliddern. Corona, der Ukraine-Krieg oder der Genozid in Gaza. Manchmal fragt man sich, ob es irgendwann wieder „normal“ wird. Aber was sollte dieses „normal“ auch bedeuten?

Es war nie normal, dass auf den Straßen unserer Städte Menschen ohne ein Dach über dem Kopf neben Luxushotels auf der Straße schlafen. Dass Frauen von Männern belästigt und entmenslicht werden, während wir fast täglich in den Nachrichten oder in unserem Umfeld von einem weiteren Femizid mitbekommen. Es ist nicht normal, dass Jugendliche umgebracht werden, weil sie Schwarz sind, und zigtausende Menschen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung an den europäischen Außengrenzen sterben.

Und unsere Zukunft sieht eigentlich nur noch düsterer aus:

Während sich Staaten ein Wettrüsten liefern, sollen wir in Deutschland auf den Krieg eingeschworen werden und uns bereit machen, als Jugend zu kämpfen. Vermeintlich für unsere Gesellschaft, aber am Ende vor allem, um die Taschen globaler Konzerne zu füllen. Gleichzeitig wird durch Naturzerstörung von Jahr zu Jahr die Lebensgrundlage unserer und aller weiterer Generationen zerstört.

Und während die Welt um uns herum immer tiefer im Chaos versinkt, flüchten viele von uns vor der Realität. Wir fühlen uns häufig alleine, sind depressiv oder verbringen Stunde um Stunde auf Instagram, TikTok oder vor Netflix, obwohl wir ganz genau wissen, dass es uns nicht guttut, geschweige denn weiterbringt. Wir verbringen mehr Zeit am Handy als mit Freundinnen und Freunden. Swipen zwischen Kriegsbildern, Kochshows und dem „perfekten“ Leben.

Wir werden diese auferlegte Passivität nicht länger hinnehmen und sagen:
Es reicht!

Wir organisieren uns als Jugend, als Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende und arbeitende Jugendliche in verschiedenen Städten und Dörfern, um eine lebenswerte Zukunft aufzubauen!

All die Probleme, vor denen wir stehen, können nicht getrennt voneinander betrachtet werden, wie es uns vermittelt werden soll. Ihnen liegt ein System von Unterdrückung zugrunde. Angefangen mit der Ausbeutung der Frau wurde Stück für Stück ein System der Unterdrückung etabliert, das die Welt an den Punkt gebracht hat, wo wir heute stehen. Wo einige Wenige auf dem Rücken des Großteils der Menschheit Geld anhäufen und Kriege anzetteln, um ihren Einfluss weiter zu vergrößern.

Stattdessen kämpfen wir für einen Demokratischen Sozialismus!

Für den Sozialismus einzustehen bedeutet für uns nichts Geringeres, als für die Menschlichkeit einzustehen. Damit meinen wir eine Lebensweise, in der jede Bevölkerungsgruppe über ihre Belange selbst bestimmt, und keine über einer anderen steht. Wo wir uns in Nachbarschaften und Räten selbst organisieren und Politik nicht von korrupten Politikern und Lobbyisten gemacht wird, sondern von uns. Wo wir uns als Gesellschaft und insbesondere als Frauen selbst verteidigen können. Mit einer Wirtschaft, die darauf aus ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu stillen, anstatt sie und ihre Umwelt für einen größtmöglichen Profit auszubeuten. Wir sprechen von einer Gesellschaft, die nicht abhängig vom Staat und Großkonzernen ist, und somit die Chance hat, im Einklang mit der Umwelt und anderen Gesellschaften zu leben.

Dafür kämpfen wir, erheben als Jugend unsere Stimmen auf Demos oder bei Aktionen – in unseren Dörfern und Städten, deutschlandweit und international. Wir kommen überall zusammen und organisieren Camps, Sportangebote, Cafés oder offene Treffen. Wir können nicht darauf warten, dass sich eines Tages alles ändert, aber wir können jeden Tag verändern!

Wir wehren uns gegen eine Politik, die uns spaltet und kleinmacht!

Wenn du mitmachen willst, schreib uns!

Lösungen

Lösungswort: Widerstand

15. Zukunft
14. Wehrhaftigkeit
13. Bremen
12. organisieren
11. Wehrpflicht
10. NATO
9. Polen
8. Waffenstillstand
7. CALP
6. Verteidigung
5. Gesellschaft
4. Bundeswehr
3. Unterleuss
2. Propaganda
1. Krieg

Kreuzworträtsel

1. b) 58 Mio Euro
2. 3 Länder (USA, Russland, China)
3. a) Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter
4. 5 Bundesländer: Bayern und NRW in 2018, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in 2020, Baden-Württemberg in 2025
5. d) Friedrich Merz

Militarismus, checkst du?

*Es blieb nur das Kreuz als die einzige Spur
von deinem Leben, doch hör' meinen Schwur:
Für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein,
Fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein.*

*Dann kann es gescheh'n, daß bald niemand mehr lebt,
niemand, der die Milliarden von Toten begräbt.
Doch längst finden sich mehr und mehr Menschen bereit,
diesen Krieg zu verhindern, **es ist an der Zeit.***

